:antifaschistische nachrichten

Nr. 1

g 3336 14.1.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

EKM-Kritik an „idea“-Leiter

EISENACH. Die „Evangelische Kirche in Mitteldeutschland“ (EKM) hat den Leiter der evangelikalen Nachrichtenagentur „idea“, Helmut Matthies, zur Rückgabe des Gerhard-Löwenthal-„Ehrenpreises für Journalisten“ aufgefordert, der von der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ jährlich mit verliehen wird (s. AN 25/2009).

Die Annahme des Preises berge die Gefahr, „dass die Tabugrenze im Graubereich zum Rechtsextremismus weiter nach unten verschoben wird“, erläuterte der Bildungsreferent der EKM, Christhard Wagner unlängst in Eisenach. Diese Auszeichnung dürfe nicht unwidersprochen bleiben, betonte Wagner. Mit der Annahme des Preises durch den „idea“-Leiter lasse Matthies „die gesamte Redaktion auf dem Grat zum rechtsextremen Milieu balancieren“. „idea“ müsse sich von der „Jungen Freiheit“ deutlich distanzieren, forderte Wagner. *hma* ■

„Dunkelfeld“

„Recherchen in extrem rechten Lebenswelten rund um Rhein-Main“ versprechen die Herausgeber einer neuen Broschüre mit dem Titel „Dunkelfeld“. Auf stolzen 144 Seiten wird mit zahlreichen Reportagen und Analysen ein ordentlicher Einblick in die aktuelle Struktur der extremen Rechten in dieser Region geboten. Aufrüttelnd auch die verschiedenen Ortsberichte, in denen die Verankerung der extremen Rechten auf lokaler Ebene anschaulich dargestellt wird. Die von Argumente e.V., dem Bildungswerk Anna Seghers und dem Antifaschistischen Infobüro Rhein-Main erstellte Broschüre ist zum Preis von 6 Euro plus Porto erhältlich bei Argumente e.V. in Berlin (T/F: 030-61076468 oder mail@argumente-netzwerk.de *hma* ■

Inhalt:

Antifaschismus bleibt international! – Interview vor dem Kongress der FIR 7

Der Fall Oury Jalloh muss erneut verhandelt werden, so entschied das Bundesverfassungsgericht letzte Woche. Am 4. Jahrestag seines Todes, am 7. Januar wurde in Dessau erneut für die vollständige Aufklärung des Todes von Oury Jalloh demonstriert.

FPÖ und BZÖ-Kärnten „wieder vereint“

ÖSTERREICH. FPÖ und BZÖ-Kärnten haun sich – nach dem CDU/CSU-Modell – auf ein Packel. Die Augenausstechereien, die noch bis vor Kurzem praktiziert wurden, werden jetzt kleingeredet oder als „ablenkendes Sommertheater“ abgetan. Auch wenn es in den – relativ bedeutungslosen – anderen BZÖ-Landesgruppen noch einige Zuckungen geben wird, geht damit ein Zyklus zu Ende.

Es war Jörg Haider, der 2005 die BZÖ-Abnabelung betrieb. Die „Störefriede“, die seinen Koalitionskurs mit der ÖVP kritisierten, wurden von ihm als „Talibans“ (sic!) qualifiziert. Mit Ausnahme von Kärnten erwies sich jedoch das BZÖ-Konstrukt weitestgehend als Flopp. Die FPÖ unter ihrem neuen „Führer“ HC Strache zeigte sich mit ihrem Politmix aus Rassismus und sozialer Demagogie („Wir sind die wahre Heimatpartei“) als weitaus erfolgreicher.

Bei der letzten Nationalratswahl konnte das BZÖ – auf Bundesebene – mit ihrem Zugpferd Haider noch einmal punkten. Und nach seinem Tod im Vollrausch, gelang mit dem „Mythos Jörg“ auch in Kärnten nochmals ein triumphaler Erfolg. Der Mythos blieb jedoch vor allem auf Kärnten begrenzt, überall sonst gab es für BZÖ-Kandidaturen – dramatische – Debakel (z. B. kein Einzug ins Europa-Parlament).

Das Hypo-Desaster, das bei weitem noch nicht ausgestanden ist, wirkte als mächtiger Beschleuniger der „Wiedervereinigung“.

Inhaltlich unterscheiden sich BZÖ-(Kärnten) und FPÖ nicht oder kaum. Beide setzen auf AusländerInnenfeindlichkeit, Islamophobie, Hass auf SlowenInnen etc. und versuchen sich einen „sozialen“ Anstrich zu geben – ausschließlich um an die Stimmen von arbeitenden Menschen, Arbeitslosen oder PensionistInnen heranzukommen.

Aufhorchen lässt, dass sowohl die Kärntner BZÖ-FPÖ-Partie als auch ÖVP-Politiker nun von „neuen bürgerlichen Mehrheiten“ träumen (z. B. für die Steiermark, wo im nächsten Jahr Landtagswahlen anstehen).

Die kleine österreichische Linke wäre gut beraten, sich angesichts einer aufgefetteten FPÖ warm anzuziehen und ihre Passivität abzustreifen. Nach wie vor ist der politische Raum links von der Sozialdemokratie und den Grünen – im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern: von der BRD bis Portugal – unbesetzt. *Hermann Dworczak (LINKE)* ■

Keine Homezone für Nazis in Viersen!

VIERSEN. Mehr als 100 Menschen haben am Montag, den 4. Januar 2010, in der Viersener Innenstadt gegen Rassismus und Neonazis demonstriert. Aktueller Anlass war ein rassistisch motivierter Übergriff auf einen 19 Jahre alten Deutschen mit Migrationshintergrund, der sich am 25. Dezember in der Stadt ereignet hatte. Drei glatzköpfige Neonazis, ca. 18 bis 19 Jahre alt, die mit grünen und schwarzen Bomberjacken sowie Springerstiefeln bekleidet waren, hatten den 19-Jährigen nachmittags mitten in der Viersener Innenstadt überfallen, beleidigt und zu Boden gerissen. Sie schlugen und traten auf den am Boden Liegenden ein, der bei dem Überfall schwer verletzt wurde und in einem Krankenhaus behandelt werden musste.

Die Protestaktion am 4.1. war vom „Antifaschistischen Aktionsbündnis Viersen“ organisiert und u.a. von VVN-BdA, SJD – Die Falken, „Die Linke“ und dem Büro gegen Rassismus und Militarismus unterstützt worden. Vor fast genau einem Jahr hatte bereits im Norden des Kreises Viersen, in Tönisvorst, eine antifaschistische Protestaktion stattgefunden. Damals hatten zuvor Neonazis einem vermeintlichen Linken mit Steinen die Scheibe seiner Haustür eingeworfen und in der Umgebung Flugblätter verbreitet. *peb* ■

Braune Comics

BAD BOLL. Vom 29. bis 31.März 2010 findet in der Evangelischen Akademie Bad Boll die Tagung „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics“ statt. In mehr als 20 Referaten und in Workshops wird das Thema erstmals in seiner Gesamtheit aufgegriffen. Einblicke in die heutige Nutzung von Comics durch Neonazis gehören dazu ebenso wie die Nutzung von Comics durch den italienischen Faschismus oder die deutsche NS-Bewegung.

Nähere Informationen über die Tagung, deren Teilnehmerinnenplätze begrenzt sind, gibt es unter

www.jugendkulturen.de ■

Naziaufmärsche in Ludwigshafen und der Region

LUDWIGSHAFEN. Am 5. Januar 2010 kam es zu einem Aufmarsch von etwa 40 Nazis in der Ludwigshafener Innenstadt zum Thema Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg. Dies stellt den vorläufigen Höhepunkt einer Reihe von Aufmärschen in der Region dar, die von örtlichen Kameradschaften und NPD organisiert wurden.

Am 17. Dezember kamen knapp 20 Nazis am Knödelbrunnen in der Ludwigshafener Fußgängerzone unter der Leitung von NPD-Funktionär Christian Hehl zusammen. Am 25. Dezember traf sich eine kleinere Nazi-Gruppe zu einer Kundgebung in Bensheim, am 31. Dezember war eine ähnliche Kundgebung in Viernheim geplant, über die die Öffentlichkeit kaum etwas erfahren konnte.

Höhepunkt der Aufmärsche war der am 5. Januar in Ludwigshafen. Die rund 40 NPD- und Kameradschaftsanhänger hielten eine Kundgebung mit Lautsprecheranlage am Europaplatz ab und zogen danach durch die Fußgängerzone, begleitet von einem Großaufgebot der Polizei. Ziel der Veranstaltung war die Verharmlosung des Nationalsozialismus und das Leugnen der deutschen Kriegsschuld. Dazu wurden geschichtsverdrehende Reden gehalten und die Opfer der alliierten Luftangriffe auf die Kriegswaffenproduktionsstadt Ludwigshafen für nationalsozialistische Propaganda instrumentalisiert. Redner auf der Veranstaltung war der Ludwigshafener Matthias Hermann, führender Kopf des „Aktionsbüro Rhein-Neckar“, einem Zusammenschluss der Kameradschaften in der Region mit Überschneidungen zur NPD.

Das Ludwigshafener Ordnungsamt verschwieg die Nazi-Veranstaltung wieder einmal vor der Öffentlichkeit. Eine Sprecherin des AK Antifa Mannheim kommentiert dies: „Verschweigen und verdrängen ist die Politik der Ludwigshafener Ordnungsbehörden. Statt einem breiten zivilgesellschaftlichen Aufschrei gegen rechts, wie es ihn in vielen Städten gab und gibt, wird lieber der Kopf in den Sand gesteckt. Dresden hat bewiesen, dass es auch anders geht. Im letzten Jahr demonstrierten tausende Nazi-GegnerInnen gegen Nazi-Aufmärsche zur selben Thematik. Das Thema war groß in den Medien. Auch in Mannheim schaffen es die Bürger kurzfristig auf die Straße, um sich den Nazis in den Weg zu stellen. Wenn die politisch Verantwortlichen in Ludwigshafen meinen, die Nazis wegschweigen zu können, sind sie auf dem Holzweg. Ein Blick ins Geschichtsbuch könnte hier helfen.“

AK Antifa Mannheim, 6.1.2010 ■

Kölner Kinder als Opfer des Nationalsozialismus

KÖLN. Am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, wird in Köln in der Antoniterkirche wieder aller Verfolgten und Ermordeten der Nazi-Diktatur gedacht. In diesem Jahr werden die schwächsten und hilflosesten der Opfer, die Kinder, im Mittelpunkt des Gedenkens stehen. Im Aufruf heißt es dazu:

>Hitler wollte für seine Kriegsziele eine Jugend „flink wie Windhunde, zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl“. Kinder, die diesem Bild nicht entsprachen oder nicht zum „deutschen Volk“ gehören sollten, wurden ausgegrenzt, von den Schulen verwiesen, aus ihren Familien gerissen, in Heime gesteckt, sterilisiert, in Konzentrationslager verschleppt und umgebracht.

Sofort nach der Machtübernahme der Nazis erlebten die Kinder der aus politischen, weltanschaulichen oder religiösen Gründen Verfolgten ohnmächtig die Verhaftungen und Misshandlungen ihrer Väter und Mütter und landeten oft in Heimerziehung. Viele Kinder mussten die Hinrichtung von Vater oder Mutter und die damit für sie selbst verbundene Stigmatisierung verkraften.

Nach der Herrenmenschenideologie des Nationalsozialismus sollten alle, die dem Bild von der „deutschen Volksgemeinschaft“ nicht entsprachen, gar nicht erst geboren werden. Dafür wurde schon 1933 das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erlassen, das Grundlage füür Zwangssterilisierungen war. Behinderte, „Asoziale“ und „Kriminelle“ sollten gehindert werden, Kinder zu bekommen. Sogar Kinder wurden sterilisiert. Kamen behinderte Kinder zur Welt, wurden sie ab 1939 direkt nach der Geburt „erfasst“. Viele wurden in extra dafür eingerichteten „Kinderfachabteilungen“ im Rahmen der „Euthanasie“ umgebracht. Etwa hundert Kölner Kinder wurden nach Hadamar in Hessen, nach Waldniel bei Mönchengladbach oder bis nach Wien transportiert und dort ermordet. Auf dem Gräberfeld der Kölner Euthanasie-Opfer auf dem Westfriedhof ist lediglich ein Kind beigesetzt, die übrigen sind irgendwo verscharrt.

Von Anfang an waren in Köln tausende jüdische Kinder durch die Rassenpolitik der Nazis betroffen: Schon 1933 wurden sie nicht mehr in öffentliche Schulen aufgenommen, sondern konnten nur noch auf jüdische Schulen gehen. Ihre Eltern verloren ihre Existenz durch Diskriminierung, Berufsverbote, Boykott und Enteignung. Einigen Kindern konnten die Eltern das Leben retten, indem sie diese allein ins Ausland schickten, während sie selbst in Deutschland bleiben mussten und später in der Regel deportiert wurden. Die Kinder sahen ihre Eltern meist nie wieder. 1100 Kinder, die namentlich bekannt sind, wurden von Köln-Deutz aus in Ghettos und Vernichtungslager deportiert und dort ermordet.

Auch die Kinder der Sinti und Roma wurden seit Beginn der NS-Herrschaft verfolgt. Ab 1935 mussten alle nicht sesshaften Roma und Sinti in einem Lager in Bickendorf leben. Viele von ihnen, auch Kinder, wurden sterilisiert. Ab 1939 durf-

ten sie keine öffentlichen Schulen mehr besuchen. Im Mai 1940 wurden 1000 Sinti und Roma mit ihren Kindern in das besetzte Polen deportiert. Die meisten überlebten die Deportation nicht. 1942 wurden die letzten in Köln verbliebenen Familien in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau transportiert und dort ermordet.

Zehntausende Kinder von Zwangsarbeitern, vor allem aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion, wurden mit ihrer Familie nach Deutschland verschleppt. Viele Kinder starben schon auf den langen Transporten in Viehwaggons. Während die Eltern Zwangsarbeit leisten mussten, waren ihre Kinder sich selbst überlassen, durften nicht zur Schule, litten Hunger und wurden schnell krank. Viele starben an Infektionen und bei Bombenangriffen. Denen, die Deportation und Krieg überlebten, waren Kindheit und Jugend, oft auch die Gesundheit für ihr weiteres Leben zerstört.

Entsprechend dem Schwur von Buchenwald – „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!" – sind wir alle aufgefordert, einen persönlichen Beitrag zu leisten, dass die UN-Kinderrechtskonvention weltweit durchgesetzt und eingehalten wird, damit Kindern in Zukunft solche Schicksale erspart bleiben.< *Projektgruppe 27. Januar* ■

Steinbachs Erpressungsversuch offenbart mangelndes Demokratieverständnis

BERLIN. „Unverschämtheit darf sich nicht auszahlen. Der dreiste Erpressungsversuch von Erika Steinbach wirft ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis des Bundes der Vertriebenen insgesamt", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zum Dauerstreit um die BdV-Präsidentin. Jelpke weiter: „Das hat sich Frau Steinbach fein ausgedacht: Statt der öffentlich vorbelasteten Vertriebenen-Chefin selbst sollen nun ihre revanchistischen Klone in den Stiftungsbeirat vorrücken und diesen weitgehend der Kontrolle des BdV unterwerfen. Die Bundesregierung wäre gut beraten, nicht nur diesen Vorschlag in aller Schärfe zurückzuweisen, sondern auch ihre Zusammenarbeit mit dem BdV zu beenden. Denn das Problem ist nicht allein Erika Steinbach, sondern der ganze BdV mit seinem deutschnationalen Weltbild, das eine Aussöhnung mit unseren polnischen Nachbarn weiterhin schwer belastet."

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

FIR protestiert gegen Denkmal-Schändung in Georgien

BERLIN. Mit Empörung und Entsetzen hat die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachvereinigung von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen aus über zwanzig Ländern Europas und Israels, ein neuerliches Beispiel für die Eliminierung der geschichtlichen Erinnerung zur Kenntnis nehmen müssen.

Kurz vor Weihnachten haben georgische Behörden in der Stadt Kutaissi das Denkmal für die Kämpfer gegen des Faschismus im Großen Vaterländischen Krieg durch Sprengung zerstören lassen. Dabei sind sie mit solcher Aggressivität vorgegangen, dass zwei Menschen bei der Sprengung ums Leben kamen. Offensichtlich war den georgischen Behörden die Beseitigung der geschichtlichen Erinnerung wichtiger als der Schutz der eigenen Bevölkerung.

Dieser Akt von „Staatsvandalismus" richtet sich nicht nur gegen ein Denkmal, sondern die georgischen Administrationen zerstören auf diesem Wege die geschichtliche Erinnerung an den antifaschistischen Kampf der Völker. Damit reiht sich Georgien in die Liste jener Regierungen ein, die – wie z. B. Estland und andere baltische Staaten – durch die Beseitigung von Denkmälern für die Befreiung und die Rehabilitierung von faschistischen Kollaborateuren als „nationale Freiheitskämpfer" Vorreiter von staatlichem Geschichtsrevisionismus sind.

Das sind die Folgen einer ideologischen Offensive rechtskonservativer Kräfte, bei der es um die Etablierung eines reaktionären Geschichtsbildes – geprägt von Totalitarismusdoktrin und Geschichtsverfälschung – in Europa geht. Dabei werden faschistische Massenverbrechen und Ungesetzlichkeiten in der stalinistischen Periode undifferenziert auf die gleiche Stufe gestellt. Gleichzeitig wird dabei der Sowjetunion die gleiche Verantwortung an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges zugewiesen wie Hitler-Deutschland. Solche Aussagen haben mit der historischen Wirklichkeit nichts gemeinsam. Sie verfälschen die Geschichte und diffamieren den gemeinsamen Kampf der Anti-Hitler-Koalition, in der die Sowjetunion als alliierte Macht einen entscheidenden Anteil hatte, gegen die größte Bedrohung der Menschheit im 20. Jahrhundert.

Die FIR ruft antifaschistische Kräfte, Verbände und Initiativen auf, gegen solche Formen von Geschichtsrevisionismus aktiv zu werden. Der antifaschistische Kampf muss als Erbe der Menschheitsgeschichte bewahrt werden.

Fédération Internationale des Résistants (FIR) - Association Antifasciste ■

Ausverkauf: Breuninger entsorgt ehemalige Gestapozentrale „Hotel Silber"

STUTTGART. Die Initiative Gedenkort „Hotel Silber" wandte sich am 19. Dezember in einem offenen Brief an die Firma Breuninger. Nach zahlreichen vergeblichen Versuchen, direkt mit der Firmenleitung ins Gespräch zu kommen, suchen Sie nun die Öffentlichkeit, um den Abriss der ehemaligen Gestapozentrale zu verhindern. In dem offenen Brief heißt es:

„Wir, das sind Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger, die sich in der Initiative Gedenkort Hotel Silber zusammengeschlossen haben. Wir kommen aus vierzehn verschiedenen Initiativen und Organisationen, in denen wir uns seit Jahren gegen das Vergessen und Verdrängen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft engagieren.

Die Firma Breuninger hat vor, im Rahmen des so genannten DaVinci-Projektes das Gebäude Dorotheenstraße 10 abreißen zu lassen, um Platz zu schaffen für ein Nobelhotel und ein weiteres Einkaufszentrum. Den städtebaulichen Sinn oder Unsinn dieses Vorhabens wollen wir dahingestellt sein lassen. Eines steht jedoch fest: mit diesem Schritt würde die ehemalige Gestapozentrale, der zentrale Stuttgarter Tatort des NS-Terrors „zynisch entsorgt", wie dies die „Frankfurter Rundschau" beschrieb. An diesem Ort wurden Menschen, denen die Nazis das Lebensrecht absprachen oder die sich ihnen widersetzt hatten, gedemütigt, verhört, gefoltert, ermordet. In diesem Gebäude wur-

de die Deportation der Stuttgarter und Württemberger Juden in die Vernichtungslager organisiert.

Der Abriss des „Hotel Silber“ ist nicht akzeptabel. Mit ihm würde die Verleugnungs-und Verdrängungspolitik der Nachkriegsgeschichte vollendet. Tausende Bürgerinnen und Bürger Stuttgarts haben gegen dieses Vorhaben mit ihrer Unterschrift Einspruch erhoben. Zahlreiche Künstler, Wissenschaftler und Politiker aus ganz Deutschland protestierten. Es wäre eine Schande und ein Skandal, sagte der Erfinder der Stolpersteine, Gunter Demnig, Anfang Oktober im Stuttgarter Schauspielhaus. Bundesweit äußert die Presse ihr Unverständnis. „Stuttgart erblindet“ kommentierte die „Zeit“. Viele Nachfahren von Opfern des NS-Terrors versichern uns, dass der Abriss für sie ein Schlag ins Gesicht wäre. Die Authentizität des Gebäudes besteht für sie in den schmerzhaften Erinnerungen, die sich mit diesem Ort verknüpfen.

Das Gebäude Dorotheenstraße 10 muss erhalten werden, als Gedenkort, als Lernort, als Forschungsort. Hier soll nach Kölner, Berliner, Nürnberger, Dresdner und Münchner Vorbild das längst überfällige Stuttgarter und Württemberger NS-Dokumentationszentrum entstehen. Die Aufarbeitung der Stuttgarter NS-Geschichte muss als öffentliche Aufgabe anerkannt werden, Stadt, Land und lokale Firmen müssen sich für diese Aufgabe engagieren. Wenn die Verantwortlichen das wollen, würden sie hierfür auch architektonische und finanzielle Lösungen finden. Zahlreiche gebaute Beispiele beweisen, dass es durchaus möglich ist, ein historisches Gebäude in einen hochmodernen Komplex zu integrieren.

Die erste Verantwortung hierfür liegt bei der Politik, beim Gemeinderat und beim Landtag. Sie können sicher sein, dass wir nichts unversucht lassen werden, in diesem Sinne unseren Einfluss geltend zu machen und einen Bebauungsplan zu verhindern, der den Abriss des „Hotel Silber“ vorsieht.

Doch auch die Firma Breuninger trägt eine Verantwortung für die Stadtkultur. Alfred Breuninger, der Firmenchef in der NS-Zeit, war ein Profiteur des Nazi-Regimes. Das ist nachzulesen im kürzlich erschienenen Buch „Stuttgarter NS-Täter“. Für das Handeln der Firmenleitung in der NS-Zeit kann die heutige Firmenleitung nicht verantwortlich gemacht werden; doch sie trägt eine Verantwortung für den geschichtsbewussten Umgang mit diesem Erbe. Dasselbe gilt für Ihre Projektpartner. Die Finanzverwaltung hatte die Ausplünderung der Stuttgarter Juden organisiert. Im Innenministerium wurde die Ermordung von zehntausend behinderten Menschen in Grafeneck geplant. Eine Firma lebt von ihrem Ruf. Kann es Ihnen gleichgültig sein, dass der Name und das Ansehen der Firma Breuninger durch diese geschichtsvergessene Planung beschädigt werden?

Für ein Gespräch stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne würden wir Ihnen auch die Namen der Menschen nennen, die nach dem Stand unserer Recherchen im „Hotel Silber“ gequält wurden, darunter prominente Persönlichkeiten wie Eugen Bolz und Kurt Schuhmacher. Wir können Ihnen auch Gespräche mit Nachfahren von Opfern vermitteln, die Ihnen erklären könnten, was ein Abriss für sie bedeuten würde.

Wir grüßen Sie im Namen der in der „Initiative Gedenkort Hotel Silber“ zusammengeschlossenen Initiativen und Organisationen.“ *Harald Stingele, Elke Banabak, Ebbe Kögel* ■

Arbeitskreis „Euthanasie“ der Stuttgarter Initiativen Stolpersteine; Die AnStifter Stuttgart; Initiative Deserteurdenkmal für Stuttgart; Weissenburg e.V. – schwul-lesbisches Zentrum Stuttgart; Mauthausen Komitee Stuttgart e.V.; Stadtjugendring Stuttgart e.V.; Stuttgarter Initiativen Stolpersteine; VVN-BdA – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisverband Stuttgart; Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Baden-Württemberg e.V.; Zeichen der Erinnerung e.V.; IG CSD Stuttgart e.V.; „Weiler schaut hin“ e.V. Bündnis gegen rechte Gewalt; Arbeitskreis Asyl Stuttgart; Geschichtswerkstatt Stuttgart Nord e.V.

Neue Publikation: Rechtsextremismus in kommunalen Gremien

Eine aktuelle Handreichung mit dem Titel „In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden“ ist jetzt in Berlin erschienen. Darin werden aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus in den Bezirksverordnetenversammlungen Berlins analysiert sowie das demokratische Handeln in der Auseinandersetzung damit dargestellt. Im Mittelpunkt der Publikation stehen das Erfahrungswissen und die Einschätzungen der demokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Hierfür wurden zahlreiche demokratische Verordnete sowie Stadträte in Gesprächen und Interviews befragt. Entstanden ist eine informative Zusammenfassung der demokratischen Praxis in Berlin, ihrer Entwicklungspotenziale und Herausforderungen.Die Handreichung ist auf der Homepage des VdK als PDF-Datei einseh- und downloadbar: http://mbr-berlin.de/Verein/Rechtsextremismus_in_den_BVVen/Publikationen/704.html
Sie kann ebenso unter dem angegebenen Kontakt bei unserem Projekt bestellt werden: www.vdk-berlin.de ■

Nürnberg: Resolution gegen Todesstrafe

In Nürnberg hat sich am 16.12.09 der Stadtrat auf Antrag der Linken Liste mit Mumias Fall und der Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe beschäftigt. Das Ergebnis war ein Beschluss mit der Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe, in dem Mumias „Fall“ wenigstens als Beispiel für ein besonders menschenunwürdiges Verfahren Erwähnung fand und ein neues Verfahren gefordert wird. Diese Entscheidung wurde dann mit nur zwei Gegenstimmen von Nazis verabschiedet. Immerhin heißt es in der dann angenommenen Tischvorlage zur Abschaffung der Todesstrafe: „… Auch der jahrelange, oft jahrzehntelange Aufenthalt in Todeszellen ist (wie z.B. im Fall Mumia Abu-Jamal) ein Verstoß gegen die menschliche Würde. In solchen Fällen muss in neuen Gerichtsverfahren Rechtsstaatlichkeit unter Ausschluss der Todesstrafe hergestellt werden…“ Auch wurde durch dieses von der CSU mitgetragene Vorgehen das ursprünglich vorgeschobene Argument, solche Resolutionen seien nicht mit der Gemeindeordnung vereinbar, fallengelassen.

In Fürth hingegen gab es zu dem Thema große Aufregung, ob solch eine Resolution überhaupt im Stadtrat abgestimmt werden dürfe

Quellen: Nürnberger Nachrichten, 18.12.2009, Süddeutsche Zeitung, 9.12.2009 ■

Verfassungschutz mit „Andy“ gegen sogenannten Linksextremismus

Wie im neuen Koalitionsvertrag beschlossen, wendet die neue Bundesregierung zunehmend ihr Augenmerk auf die Bekämpfung des „Linksextremismus“. Da wäre zuerst mal die Ankündigung der neuen Familienministerin Köhler, die Programme gegen Rechtsextremismus, die ihrem Ministerium unterliegen, auch auf den Kampf gegen links auszuweiten. Köhler stammt aus einem evangelikalen Elternhaus und ist dem rechten Flügel der Union zuzurechnen. Bleibt darauf zu warten, ob es in absehbarer Zeit auch Aussteigerprogramme für Menschen aus der „linksextremistischen Szene“ geben wird (vergleichbar mit dem EXIT-Programm für Rechtsradikale).

Die Linkspartei wird immer noch in einigen Bundesländern vom Verfassungsschutz beobachtet. Auch häufen sich die Medienberichte über die angeblich neue Qualität von linksextremistischer Gewalt, wobei sich die Berichterstattung vor allem auf die sogenannten Autonomen bezieht.

Unvergessen das Paragraph 129a Verfahren (Bildung einer terroristischen Vereinigung) gegen Linke, die Bundeswehrfahrzeuge angezündet haben sollen. Zwar wurde die Beschuldigung, die Angeklagten hätten eine terroristische Gruppe gebildet, nach einiger Zeit kassiert, aber bis dahin konnte die Polizei unter dem Label Terrorverdacht ungestört schnüffeln und Informationen über Strukturen und Personenzusammenhänge in der Linken bekommen.

Einen eher amüsanten Beitrag zum Thema „Kampf gegen linksextremistische Gewalt“ liefert der neue Andi-Comic des Verfassungsschutzes NRW.

Die Behörde gab schon in den vergangenen Jahren Comics zu den Themen Rechtsextremismus und radikalem Islamismus heraus.

In den Comics werden Geschichten rund um Andi und seine Freunde erzählt, die mit „extremistischem“ Gedankengut in Berührung geraten.

Im aktuellen Comic bekommt Andis Freund Ben Kontakt mit der linken Szene, in dem er ein Konzert in einem besetzten Haus besucht, wo er seine alten Schulkameraden namens Randale und Nele (was für zwei aufrührerisch linksradikale Namen!) wiedertrifft, die inzwischen der autonomen Szene angehören.

Ben ist von Randales außerordentlichen platten Sprüchen angezogen und lässt sich von ihm überreden, ein Anarchiezeichen auf eine Wand zu sprühen. Bei dieser Aktion wird er von der Polizei erwischt, was ihn bestärkt, Randales Ausführungen über den „Bullenstaat“ zu glauben. Ben wird dann von Randale und Nele auf eine linke Versammlung eingeladen, wo eine Frau lange redet, mit Fachbegriffen um sich wirft und die Anwesenden aufruft, auf eine Antifademo zu gehen.

Andi und seine Freunde bekommen mit, dass Randale und Nele zwei Nazis, die im ersten Band vorgestellt werden und inzwischen sog. Autonome Nationalisten sind, treffen, und stellen – ganz im Sinne der Totalitarismustheorie – fest, dass sich die linken und die rechten Autonomen gleichen.

Bei der Antifademo dann bekommt Ben die „linke Gewalt“ mit, indem er sieht, dass die Autonomen die Scheiben

eines türkischen Kiosks einschmeißen. Das lässt ihm die Augen aufgehen, er trennt sich von der linksradikalen Szene, steht von da an wieder fest auf dem Boden der freiheitlich – demokratischen – Grundordnung und fühlt sich „der Demokratie“ verpflichtet.

Nach dem eigentlichen Comic werden noch einige Begriffe wie Marxismus, Leninismus, Maoismus oder Sozialismus einigermaßßen einseitig erklärt, wobei Wert darauf gelegt wird, zwischen harmlosem und nicht verfassungsfeindlichem Links-Sein und „gefährlichem“ Linksextremismus zu differenzieren. Dabei unterlaufen den Autoren allerdings einige historische Fehler. So wird z. B. behauptet, die SPD sei von Anfang an für einen Sozialismus innerhalb einer bürgerlichen Demokratie gewesen und erst die Kommunisten hätten die These von der Notwendigkeit einer Revolution aufgestellt. Dabei ging die SPD lange von der Notwendigkeit einer Revolution aus und erst Eduard Bernstein begann um 1890 von der Möglichkeit eines „sanften“ Übergangs von kapitalistischer zu sozialistischer Gesellschaft zu reden und schreiben. Auch dass die Gründung des Spartakusbundes und später der kommunistischen Partei nicht vom Himmel fiel, sondern ihre Ursachen in der de facto-Zustimmung der SPD zum 1. Weltkrieg hatte, erwähnen die Autoren nicht, genauso wenig wie dass die bürgerliche Demokratie mit ihrem Sozialstaat und ihren Rechten für Arbeitnehmer (z. B. Streikrecht, freies und Frauenwahlrecht) erst in Kämpfen von Gruppen errungen wurden, die staatliche Organe damals wie heute „linksextremistisch“ nennen.

Insgesamt fällt auf, dass in der Broschüre platt „die Demokratie“ auf der einen, gegen den „Linksextremismus“ auf der anderen Seite gegenübergestellt wird, ohne sich auch nur ansatzweise mit der linken und kommunistischen Argumentation zu befassen, dass man etwa die heutige bürgerliche Demokratie durch eine sozialistische Rätedemokratie ersetzen will, die, zumindest in der Theorie, die demokratische Partizipation des Einzelnen an Produktionsprozessen erheblich erhöhen würde.

So lächerlich der Comic auch daherkommt, zeigt er doch, dass die staatlichen Organe eine verschärfte Repression gegen die Linke anschlagen wollen und offensichtlich Angst haben, Jugendliche könnten sich in diese Richtung politisieren.

Auch wenn sich die mediale Hetze und die Repression bis jetzt vor allem auf die sogenannten Autonomen beschränkt, sollte allen klar sein, dass es sich um eine Kampfansage an die gesamte radikale Linke und alles, was sich Polizei und Verfassungsschutz darunter vorstellen, handelt.

Es ist nicht verwunderlich, dass der Staat sich gerade jetzt dem Kampf gegen links widmet, sind doch im Zuge der Wirtschaftskrise, dem damit einhergehenden Angriff auf die Lebensverhältnisse von Lohnabhängigen und Arbeitslosen, und der zunehmenden Ablehnung gegen den Krieg in Afghanistan linke Argumentationen und Begriffe wie „Kapitalismus“, „Militarismus“ oder „Imperialismus“ aus der Schmuddelecke herausgekommen und wieder hoffähig geworden. Hier und da sitzen wieder linke Vertreter wie zum Beispiel Sarah Wagenknecht oder Jutta Ditfurth in Talkshows und bekommen zunehmend Applaus für ihre Argumente. *olh* ■

Kriegshetze im „Stürmer“-Stil

Bundeswehrsoldaten werden zum Töten ermuntert

Das Massaker des Oberst Klein war keine unerwünschte Ausnahme, wie es jetzt vom Kriegsministerium dargestellt wird. Schon lange werden Bundeswehrsoldaten von höchster Stelle zu hemmungslos aggressivem Handeln ermuntert.

Der abgesetzte Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, hat, wie die FAZ schon Anfang 2003 berichtete, „über bisher Undenkbares“ nachgedacht. Über die Frage nämlich, »ob es richtig sein kann, nicht abzuwarten, ob man von einem anderen angegriffen wird, sondern sich gegen diese mögliche Gefahr vorauseilend zu schützen und selbst die Initiative zu ergreifen«. Was seinerzeit „undenkbar“ war, wird in der Bundeswehr heute praktiziert. Frühere Hemmungen sind beseitigt.

Und so griff Oberst Georg Klein mit Bombern eine Gruppe von Afghanen an, die zwei geklaute, manövrierunfähige Tanklastzüge umringten. Unter ihnen konnten ja Terroristen sein, und dann ist alles erlaubt. Rund 150 Todesopfer wurden gezählt. Der zuständige Minister billigte den Massenmord sofort, so in seiner Erklärung vom 6.9.09. Oberst Klein hatte ihm berichtet, es sei ihm darum gegangen, die Menschen am Kundusfluss „zu vernichten“. Der zurückgetretene Minister denkt ja in ähnlichen Kategorien: Wer zum Beispiel ein Flugzeug entführt, soll, weil er ja ein Terrorist sein könnte, abgeschossen werden, ob Unbeteiligte dabei sind oder nicht. Ein mutmaßlicher Terrorist ist todgeweiht, ungeachtet dessen, dass die Todesstrafe abgeschafft wurde. Daran hielt Jung fest, obwohl das Bundesverfassungsgericht es ihm untersagte. Zwei Wochen nach dem Massaker von Kunduz schrieb „Ossietzky“ über Jung: „Da er zudem die Bundeswehr nicht nur in der Luft über uns, sondern auch auf dem bundesdeutschen Festland einsetzen will, darf man mit Unruhe und Angst erwarten, was er unternimmt, wenn mutmaßliche Terroristen einmal auf einer unserer Autobahnen einen Tanklastzug entführen.“

Für den Fall, dass Soldaten doch noch Hemmungen haben, nach Schneiderhans und Jungs Rezept zu handeln, werden sie mit permanenter Hetzpropaganda aufgestachelt. „Unter der Überschrift ‚Köpfe des Terrors’ werden in der September-Ausgabe des Bundeswehr-Magazins Y am Computer produzierte Bilder von Führern der El Quaida, Taliban und Dschihad präsentiert, die in der Art der Darstellung und der beabsichtigten Wirkung ihre Vorläufer im Stürmer haben. Als Beweis lege ich Ihnen die Faksimiles eines Stürmer-Titelbildes von 1943 bei.“ Das schrieb Alfred Fleischacker, der aus einer jüdischen Familie stammt und als Kind in England den Naziterror überlebte, in einem offenen Brief an den Bundesverteidigungsminister. Der Brief war in der antifa, der Zeitschrift der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten, dokumentiert. Die VVN-BdA wies auf die besondere Aktualität vor dem Hintergrund des Blutbades am Kundus-Fluss hin und warf die Frage auf, „welches Menschenbild der Truppe vermittelt wird, die derartige Kriegsverbrechen begeht“. http://antifa.vvn-bda.de/200909/0301.php

Die Veröffentlichung in Y ist kein Einzelfall. In Publikationen, die in der Bundeswehr verbreitet werden, wird beispielsweise ein Ende der Gerichtsverfahren gegen Wehrmachtskriegsverbrecher gefordert. Bundeswehrgeneral a. D. Jürgen Reichardt äußerte, auch die heutigen Bundeswehrsoldaten könnten „in Situationen“ geraten, in denen sie wie einst Hitlers Soldaten „überreagieren“. (Ossietzky Heft 8/09) Sie müssten dann befürchten, noch nach Jahrzehnten vor Gericht gestellt zu werden. Deshalb solle Schluss sein mit der Verurteilung der Wehrmachtsverbrechen und der Wehrmachtsverbrecher. In der Zeitschrift Gebirgstruppe sprang Reichardt ausdrücklich dem in München zu lebenslanger Haft verurteilten Leutnant a. D. Joseph Scheungraber bei, der wegen des Mordes an 14 italienischen Zivilisten angeklagt war.

Auch die neue „Taschenkarte“, die Minister Franz Josef Jung an die Soldaten ausgeben ließ, trägt mit ihrer aggressiven Tendenz dazu bei, dass deutsche Soldaten wieder verwendungsfähig für Kriegsverbrechen werden. In einer Meldung der Süddeutschen Zeitung zum Bundeswehrskandal von Kundus heißt es: Der Regierungssprecher „bestritt erneut, dass die Regierung jenseits des geltenden Bundestagsmandats eine verschärfte Afghanistan-Strategie beschlossen habe. Die Opposition gründete diesen Verdacht darauf, dass im Juli die sogenannte Taschenkarte für die Soldaten präzisiert worden war. Die Taschenkarte ist ein vierseitiges Papier, mit dem den Soldaten im Einsatz die Regeln für die Anwendung militärischer Gewalt verdeutlicht werden sollen. Demnach ist Gewaltanwendung erlaubt zur ‚Verhinderung und Abwehr von Angriffen‘ gegen Nato- oder Isaf-Angehörige sowie gegen afghanische Sicherheitskräfte. Angriffe können dadurch verhindert werden, ‚dass gegen Personen vorgegangen wird, die Angriffe planen, vorbereiten, unterstützen oder sonstiges feindseliges Verhalten zeigen’, heißt es.“ (SZ 15.12.09) Durch diese Taschenkarte „könnte sich Oberst Georg Klein ermutigt gefühlt haben, die Bombardierung der Tanker zu befehlen.“ (ebenda)

Einen weiteren Beleg zur Tatsachenfeststellung, dass die Bundeswehr bereits im Frühsommer 2009 endgültig auf Aggression umgestellt wurde, stellt das Juli-Heft von „Y“ dar. Das Outfit des vorletzten, des Mai- Heftes war noch geprägt von Schwarz-Rot-Gold und Bild mit Text: „Soldaten helfen Kindern in Not“. Das Juli-Titelbild des Magazins der Bundeswehr zeigt zwar einen Milchgesichtsbubi, aber der ist angetan mit allem, was die „Soldaten-sind-Mörder“-Industrie derzeit hergibt, und das Gewehr hält er schussbereit. Die Schlagzeile lautet: „Bewährt im Einsatz“, im Kriegseinsatz nämlich und dies „seit 15 Jahren“. Bemerkenswert sind die Texte zum „Wettrüsten“ sowie zum „Atomaren Albtraum“, wobei deutlich wird, dass der Albtraum für die Bundeswehr in der Abrüstung liegt. Obama mit seinem atomaren Abrüstungsvorschlag wird als „Träumer“ dargestellt. Erst nach 30 Seiten taucht in dem Heft das Wort Frieden im Zusammenhang mit der Bundeswehr auf. Und auch die Menschenrechte sind gar kein Begriff mehr für die Truppe.

Die Bundeswehr war nie die größte Friedensbewegung, wie sie sich bis 1989 gern nannte. Die Bundeswehr versteht sich als eine Armee im bewaffneten weltweiten Einsatz. Zu diesem Zweck wurde sie transformiert. In „Y“, Mai 09, schreibt der Chefredakteur, “die Transformation der Bundeswehr war erfolgreich und hält an.“ Die Medien der Bundeswehr, aber auch viele öffentliche Medien wehren sich gegen die Verwendung des Begriffs „Kriegsverbrechen“ im Zusammenhang mit dem „Vorfall“ am Kundusfluss vom 4. September. Was ist ein Kriegsverbrecher? Kriegsverbrecher haben sich im Rahmen des Vernichtungskrieges 1939 bis 1945 an der „Ermordung und Misshandlung von Zivilisten, ihrer Verschleppung zur Zwangsarbeit, Tötung von Geiseln, mutwilliger Zerstörung von Dörfern, Misshandlung von Kriegsgefangenen und an mit Kriegshandlungen nicht gerechtfertigten Verwüstungen“ beteiligt. So definierte es das Nürnberger alliierte Gericht 1946 im Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Von Ermordung von Zivilisten und mit Kriegshandlungen nicht gerechtfertigten Verwüstungen muss sicherlich im Zusammenhang mit der Untat des Oberst Georg Klein gesprochen werden.

Ulrich Sander ■

Antifaschismus bleibt international!

Die FIR vor dem XV. Kongress in Berlin. Interview mit Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR

Am 9./10. Januar 2010 findet in Berlin der XV. FIR-Kongress statt. Was sind die Themen und Ziele der Konferenz?

Wir wollen Bilanz ziehen der politischen Arbeit der vergangenen Monate. Dabei können insbesondere das Internationale Jugendtreffen in Buchenwald 2008 mit über 1000 Teilnehmern sowie die Demonstrationen gegen Neofaschismus und Rassismus vom September 2008 in Köln und im Februar 2009 in Dresden die internationale Dimension antifaschistischer Arbeit der FIR unterstreichen.

Es geht um unsere Aktionen gegen die Rehabilitierung der SS-Verbände in baltischen Ländern und um die Wirkung unserer vielfältigen Initiativen und Erklärungen zu Frieden und Abrüstung, gegen Versuche der Geschichtsrevision und für die Verteidigung der politischen und sozialen Rechte der Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Kampf, den Deportierten und Internierten.

Und wir müssen beraten, welche Konsequenzen die Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament für uns als internationale antifaschistische Organisation haben. Seit einiger Zeit erleben wir, dass die ideologischen Angriffe auf die historische Erinnerung auch über europäische Strukturen vorangetrieben werden.

Worin seht ihr die zentralen politischen Auseinandersetzungen?

Was man in Deutschland im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag des 9. November 1989 erleben konnte, das geschieht in verschiedenen europäischen Ländern – die Neudefinition von Geschichte. Es geht soweit, dass in Ungarn und Polen das Zeigen von Symbolen, unter denen Partisanen und andere Antifaschisten für die Freiheit ihres Landes gekämpft haben, per Gesetz als „extremistisch" bestraft werden kann.

Es findet auf unterschiedlichen Ebenen eine massive „Entsorgung der Geschichte" des Faschismus statt. Kollaborateure werden zu „Freiheitskämpfern" umgedeutet. Partisanen werden wegen ihres Kampfes angeklagt, geschichtliche Erinnerung und Gedenkorte massiv angegriffen.

Dass vor diesem Hintergrund Kriminelle mit rechtem Hintergrund sich kurz vor Weihnachten nicht scheuten, die Gedenkstätte Auschwitz zu schänden, macht deutlich, wie weit das gesellschaftliche Klima bereits vergiftet ist.

Andererseits hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen erst vor wenigen Monaten eine Resolution mit überwältigender Mehrheit verabschiedet, die betont, dass der antifaschistische Kampf zum Welterbe der Menschheit gehört und keinerlei Relativierung oder gar Leugnung der faschistischen Vernichtungspolitik zugelassen werden darf.

Wir sind als FIR gemeinsam mit unseren Mitgliedsverbänden in Europa und Israel also gefordert, hier deutliche Signale zu setzen.

Zum zweiten hat die FIR eine Verpflichtung im Friedenskampf. Vor vielen Jahren zeichnete die UNO uns als „Botschafter des Friedens" aus. Wir sehen darin eine bleibende Aufgabe, uns für nichtmilitärische Konfliktlösungen in Afghanistan, im Irak und natürlich auch im Nahen Osten einzusetzen. Wir sind in diesem Punkt eng verbunden mit unseren Partnerverbänden in Israel, die bei diesem Kongress auch vertreten sein werden.

Was sind die Planungen der FIR?

Das Jahr 2010 ist das 65. Jahr des Siegs über den Faschismus. Gemeinsam mit den Internationalen Lagergemeinschaften und den Veteranenverbänden in den verschiedenen Ländern wollen wir die geschichtliche Erinnerung auf diesen Punkt lenken. Hiermit setzen wir ein deutliches Zeichen gegen Vergessen und Geschichtsrevision.

Es gibt Vorschläge, dass die FIR sich erneut an den Aktionen im Februar 2010 in Dresden beteiligt.

Auch liegt die Einladung für die Mitwirkung an einer geschichtspolitischen Konferenz im April 2010 in Berlin vor, um nur zwei Aktionen in Deutschland zu benennen.

Und wir fangen jetzt an, ein Internationales Jugendtreffen in Auschwitz unter dem Motto „Zug des Gedenkens", das im Januar 2012 stattfinden soll, gemeinsam mit dem „Institut des Veterans" in Belgien vorzubereiten. Das wird wieder eine sehr große Herausforderung für uns, aber es ist eine großartige Gelegenheit, Angehörige der jungen Generationen mit unserer Arbeit zu verbinden.

Dabei muss am bedenken, dass die Arbeit der FIR vor Ort von den nationalen Mitgliedsverbänden und anderen gesellschaftlichen Partnern unterstützt werden muss. Wir werden daher auf dem Kongress Vorschläge entwickeln, die in den jeweiligen Ländern abgestimmt werden müssen.

Warum findet die Konferenz gerade an diesem Wochenende statt?

Wir haben uns bewusst für dieses Wochenende entschieden, um als Organisation in direkten Austausch mit anderen politischen Initiativen wie der antifaschistischen Jugendkonferenz der VVN-BdA treten zu können, die an diesem Wochenende in Berlin stattfindet.

Und natürlich werden die Delegierten des FIR-Kongresses an der Luxemburg-Liebknecht-Ehrung an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde teilnehmen. Dort sind auch ehemalige Mitstreiter der FIR begraben, deren wir bei dieser Gelegenheit ebenfalls gedenken wollen. ■

Ungarische Neofaschisten bedrohen Vizepräsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)

Vilmos Hanti, Präsident des ungarischen Verbandes der Widerstandskämpfer und Antifaschisten – demokratische Union (MEASZ) und Vizepräsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten wird durch militante Neofaschisten bedroht. Nach einer Gedenkveranstaltung am 23. Dezember 2009 für Endre Bajcsy-Zsilinszky und weitere ungarische Patrioten, die vor 65 Jahren durch die Faschisten ermordet wurden, drohte die neofaschistische Internetseite „HUNHIR.HU", die eng mit den verbotenen „Ungarischen Garden" verbunden ist, mit Gewalt gegen Vilmos Hanti.

Man werde „die jüdische Ratte" früher oder später erwischen und ihn in ein wieder eröffnetes Konzentrationslager verschleppen, heißt es auf der Internetseite. In den gut 50 Leserkommentaren gehen die Angriffe noch weiter. Er solle nicht in ein Arbeitslager, sondern müsse gehenkt werden, lauten konkrete Drohungen.

Wenn man bedenkt, dass die neofaschistische Szene in Ungarn in den vergangenen Monaten für zahlreiche Gewalttaten verantwortlich ist, dann können solche Angriffe nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Die FIR fordert daher von den ungarischen Behörden, dass die Verantwortlichen der Internetseite zur Rechenschaft gezogen werden. Gewaltdrohungen und menschenverachtende Hetze stehen nicht unter dem Schutz der Meinungsfreiheit. Die FIR versichert ihrem Vizepräsident und dem ungarischen Mitgliedsverband ihre Unterstützung und wird ihr Eintreten gegen alle Formen von Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus verstärken.

Für den Exekutivausschuss der FIR
Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär
Fédération Internationale des Résistants (FIR) - Association Antifascisten ■

Kooperationsvereinbarung Kultusministerium und Bundeswehr

Jugendoffiziere raus aus Schulen!

Bereits im Jahresbericht der Jugendoffiziere 2008 wurde die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Kultusministerien der Länder gelobt. Anfang Dezember 2009 hat nun das Kultusministerium Baden-Württemberg einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr geschlossen, der einer Intensivierung dieser Zusammenarbeit dienen soll. Die 94 hauptamtlichen und ca. 300 ehrenamtlichen Jugendoffiziere sollen vorrangig in Schulen – aber auch an Universitäten und anderen Orten, wo Jugendliche und mit Jugendarbeit betraute Erwachsene anzutreffen sind – die Sichtweise der Bundesregierung und der Bundeswehr zur Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands vermitteln.

Als die Institution „Jugendoffizier" 1958 gegründet wurde, hatte sie die Aufgabe, die Bevölkerung in Deutschland, die einem Beitritt zur NATO und der Wiederbewaffnung Deutschlands überwiegend kritisch gegenüberstand, von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen. Heute sollen sie dafür sorgen, dass es in der Bevölkerung die notwendige Zustimmung zu den zunehmenden Auslandseinsätzen – vor allem dem Afghanistan-Einsatz – gibt. Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr, das sowohl die Stimmung bezüglich der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands in der Bevölkerung als auch die Bereitschaft von Jugendlichen, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten, misst, kommt zu dem Ergebnis, dass für die ausreichende Rekrutierung von Soldaten die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Bundeswehr und ihrer Einsätze enorm wichtig ist. Um dieses „positive Umfeld" zu schaffen, sind die Jugendoffiziere da.

Propaganda und Rekrutierung

Während Wehrdienstberater Jugendliche direkt anwerben, sie über die Möglichkeiten bei der Bundeswehr „umsonst zu studieren", „Karriere zu machen" und „Kameradschaft zu erleben" anlocken, ist den Jugendoffizieren dieses direkte Rekrutieren – zumindest offiziell – verboten. Allerdings scheinen es die Jugendoffiziere mit dieser Trennung in der Praxis nicht allzu ernst zu nehmen. Zum einen wird – eigenen Angaben zufolge – eng mit den Wehrdienstberatern zusammengearbeitet, Anfragen weitergegeben, Schulen gemeinsam angeschrieben oder sie treten gleich zusammen mit Wehrdienstberatern auf (vgl. Bericht der Jugendoffiziere 2006). So kann dann der Jugendoffizier für eine grundsätzlich positive Haltung gegenüber der Militärpolitik sorgen, der Wehrdienstberater gleich diejenigen abgreifen, die für diese Politik dann in den Krieg ziehen. Zum anderen lohnt sich der Blick in Schülerzeitungen, in denen über den Besuch der Jugendoffiziere berichtet wird. Aus der Schülerzeitung einer Krefelder Hauptschule: „Am 28. April besuchte ein Jugendoffizier der Bundeswehr die Klasse 10B. Er erzählte den Schülern etwas über seinen Beruf und die Leistungen, die man erbringen muss, wenn man sich bei der Bundeswehr bewerben möchte. Er sprach auch über die besonderen Möglichkeiten und Angebote bei der Bundeswehr: Wenn sich z.B. jemand für zwölf Jahre dort verpflichtet, erhält er die Chance zu studieren; die Bundeswehr finanziert dann das Studium. Man bekommt auch die Gelegenheit, einen Führerschein oder einen Pilotenschein zu machen. Anhand einer Weltkarte informierte er auch darüber, wo in der Welt zurzeit Bundeswehreinsätze stattfinden". Soviel zum Thema, die Jugendoffiziere würden keine Rekrutierung betreiben.

Doch Jugendoffiziere gestalten nicht nur Unterrichtsstunden, sie organisieren auch Ausflüge, Truppenbesuche und das Simulationsspiel Polis. Bei diesem „Spiel" geht es darum, den Jugendlichen zu zeigen, dass „große Politik" und die Einsetzung von Militär nun einmal zusammengehören.

Die Anzahl der Truppenbesuche nimmt aber ab, da die Bundeswehr ob ihrer zahlreichen Einsätze kaum noch Kapazitäten hat, Soldaten damit zu beschäftigen, Kindern und Jugendlichen den „Truppenalltag" vorzuführen (Bericht der Jugendoffiziere 2008). Manchmal jedoch finden solche Schulausflüge noch statt. Anders aber als Jugendoffiziere sind die Soldaten nicht dazu getrimmt, mit Jugendlichen so umzugehen, dass es dem Image der Bundeswehr nützt. Im Oktober 2009 besuchten Schüler der 8. Klasse eine Eutiner Kaserne. Dabei wurde den Jugendlichen der Schießsimulator vorgeführt, an dem Soldaten mit Elektrowaffen für den realen Einsatz in Afghanistan trainieren. So ein Schießkino sei tausendmal besser als eine Playstation, prahlte der vorführende Soldat. Diese Aussage und die Vorführung der „besseren Playstation" sorgten dann bei Eltern, verschiedenen Abgeordneten des Landtages und bei der Bundeswehr selbst für Kritik.

Die Kooperationsvereinbarungen

Die 2005 aufgestellten Bezirksjugendoffiziere haben die Aufgabe, mit den jeweiligen Kultus- bzw. Bildungsministerien zusammenzuarbeiten und der Bundeswehr den Zugang zu Schulen, Universitäten und vor allem auch zu den Referendaren und Lehrern zu eröffnen. Mit drei Kultusministerien – NRW (Oktober 2008), Saarland (März 2009) und Baden-Württemberg (Dezember 2009) – wurden Kooperationsvereinbarungen getroffen. Die Verträge sollen die Kooperation zwischen den Schulen und den Jugendoffizieren „intensivieren": „Jugendoffiziere bieten dazu wie bisher ihre Besuche in Schulen an. Sie werden darüber hinaus in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren und von Lehrkräften eingebunden. Außerdem bietet die Bundeswehr Lehrerinnen und Lehrern sowie Vertretern der Schulaufsicht ihrerseits Besuche in ihren Einrichtungen und Seminare zur Sicherheitspolitik an". Zusätzlich sollen die Angebote der Bundeswehr auf den Bildungsservern der Länder und in anderen Medien der Kultusministerien beworben werden.

Offensichtlich scheinen die Verantwortlichen in den Ministerien kein Problem damit zu haben, dass die Bundeswehr damit direkten Einfluss auf die Meinung der Schüler und die Ausbildung der Lehrer nehmen kann und so wesentliche Grundsätze der politischen Bildungsarbeit missachtet werden.

Seit 1976 besteht der so genannte Beutelsbacher Konsens, der die Mindestanforderung an die politische Bildung in der Schul- und Erwachsenenbildung festlegt. Dieser Konsens beinhaltet drei Grundsätze, wobei mindestens zwei durch die Präsenz von Jugendoffizieren an Schulen missachtet werden:

Das Überwältigungsverbot besagt: „Es ist nicht erlaubt, den Schülern – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinn erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern". Wie oben beschrieben hatten die Jugendoffiziere zunächst die Aufgabe, die Remilitarisierung Deutschlands zu legitimieren, heute müssen sie erklären, warum die Bundeswehr überall in der Welt Krieg führt. Das so genannte Kontroversitätsgebot besagt: „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten".

Mit ihrer Begeisterung für die Jugendoffiziere sind die Kultusministerien aber nicht alleine, auch die Bundesregierung und verschiedene Landesregierungen haben in Antworten auf Anfragen im Bundestag und den Landtagen betont, dass sie keinerlei Probleme damit haben, Jugendliche derart zu beeinflussen. Auch – vor allem junge – Lehrer und Referendare nutzen das Angebot der Bundeswehr ausgiebig. Allerdings regt sich vor allem seitens der Schüler massiver Widerstand: es gibt zahlreiche Berichte von Schulklassen, die den Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern nicht nur unangenehme Fragen gestellt haben, sondern teilweise auch auf sehr eindringliche Weise ihren Protest kundtaten.

Jonna Schürkes, Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen ■

Frankreich:

Die staatsoffizielle „nationale Identitätsdebatte“

„Sie haben darüber gesprochen“, so lautete einst der Titel eines Gemäldes des Künstlers Caran d’Ache (mit Zivil-Namen Emmanuel Poiré). Darauf sieht man zerbrochene Stühle, umgeworfene Tische und zerbrochenes Mobiliar: das Ende eines offenkundig unfriedlich zu Ende gegangenen Essens. „Darüber“, das bezog sich in diesem Zusammenhang auf die hitzige Debatte, die in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts über die Frage einer Rehabilitierung – oder nicht – des zu Unrecht wegen angeblicher Spionage verurteilten, jüdischen Hauptmanns Alfred Dreyfus geführt wurde.

So hitzig ging es bei der Debatte, die derzeit – jedenfalls laut Auffassung und Absicht ihrer Regierung – die Franzosen am meisten beschäftigen sollte, bislang nicht her. Dennoch hat diese Debatte in den letzten Wochen bereits einige heftige Reaktionen hervorgerufen: Unter eine Petition mit 140 Prominenten als Erstunterzeichner, die unter dem Titel „Herr Präsident, beenden Sie diese Debatte!“ erschien und durch die Vereinigung SOS Racisme lanciert worden war, kamen innerhalb von kurzer Zeit über 40.000 Unterschriften zusammen. Und viele Beobachter sind ohnehin der Auffassung, diese angebliche Debatte habe ihren Namen gar nicht verdient – da es sich keineswegs um eine in irgendeiner Weise offene und pluralistische Diskussion handele. Sondern allein um eine unter staatlicher Aufsicht und unter Anleitung von Präfekten geführte, ideologische Kampagne der Regierung. Es geht um die „Debatte über die nationale Identität“, die Ende Oktober vergangenen Jahres durch den französischen Minister Eric Besson angekündigt und am 2. November 09 offiziell eröffnet wurde. Diese wird in den kommenden Tagen und Wochen noch fortdauern: Am 14. Januar 2010 wird Eric Besson nun mit Marine Le Pen, der Vizepräsidentin (und voraussichtlich in wenigen Monaten dann auch Chefin) des Front National, in einer Fernsehdebatte zum Thema antreten.

Regierungsoffizielle (vorläufige) Bilanz

Just am Montag, den 4. Januar 10 zog Besson, wie angekündigt, eine „erste Bilanz“ aus der Ideologiekampagne, die nunmehr seit zwei Monaten dauert und in deren Rahmen bislang 227 Debatten unter Aufsicht von Staatsauftretern in den verschiedenen Verwaltungsbezirken Frankreichs stattfanden. Insgesamt sind 313 geplant. Eric Besson ist im französischen Kabinett laut seiner Amtsbezeichnung für „Einwanderung, Integration und nationale Identität“ zuständig – dieser Ministerposten wurde vor zweieinhalb Jahren durch den Sieger der Präsidentschaftswahl, Nicolas Sarkozy, neu geschaffen und war von Anfang an umstritten.

Eric Besson zeigte sich dabei optimistisch über die Debatte, die „einen großen Bevölkerungserfolg“ darstelle: Nein, es habe „keine Ausrutscher“ gegeben; und nein, die Debatte um die Nationalidentität habe „sich nicht auf Einwanderer und Islam zugespitzt“. Manche hätten diese Debatte „als einen Ort für rassistische Abreaktionen (für rassistisches Abreagieren)“ dargestellt und auf diese Weise „zur Karikatur gemacht“. Doch dieser Versuch, das Vorhaben anzuschwärzen, habe „nicht funktioniert“, betonte Besson auf einer Pressekonferenz am 4. Januar. Wenige Stunden zuvor hatte der Sprecher der konservativen Regierungspartei UMP, Dominiqué Paillé, seinerseits im Kabelfernsehsender LCI eine Umorientierung und „bessere Organisierung“ der Diskussion um die famose nationale Identität gefordert: „Es ist nötig, diese Debatte nicht auf die Einwanderung zu beschränken, sondern zu betrachten, was uns verbindet und welche gemeinsame Zukunft man errichten kann“, wie man „Frankreichs Ausstrahlung nach außen hin“ gewährleisten könne.

Worte, die Dementis darstellen sollen, aber wie Eingeständnisse klingen. Denn indirekt räumen die Regierungspolitiker dadurch ziemlich offen ein, dass es tatsächlich eine starke Tendenz gegeben hat, bestimmte Bevölkerungskreise in die Ecke zu stellen und zu attackieren – das waren in den letzten Wochen, und insbesondere seit dem Ausgang des Schweizer Referendums vom 29. November, vor allem Einwanderer moslemischer Konfession. Schon die erste Debatte im Rahmen der Regierungskampagne zur Nationalidentität, die Ende November im ostfranzösischen Verdun stattfand, wurde durch einen verbalen „Ausrutscher“ geprägt, wie Regierungsstellen es seitdem nennen. André Valentin, ein der UMP angehörender Dorfbürgermeister in Gussainville (40 Einwohner) aus Lothringen, befand vor laufenden Kameras, diese Debatte sei „notwendig“, nämlich „weil wir uns sonst auffressen lassen“. Auf die Nachfrage eines Fernsehjournalisten, warum und von wem, fügte er mit vielsagendem Blick hinzu: „Sie sind bereits zehn Millionen. Zehn Millionen, die wir für Nichtstun und Faulenzen durchfüttern.“

Dass er von Immigranten sprach, ist im Nachhinein absolut unstrittig. Auch Minister Eric Besson hat dies zugegeben und sich vom „fremdenfeindlichen Ausrutscher“ seines Parteifreunds André Valentin distanziert. Dieser selbst hat späterhin allerdings behauptet, er sei gar nicht rassistisch ausfällig geworden: Nicht von Einwanderern, sondern von „Sozialhilfeempfängern und Rentnern“ habe er gesprochen, als von zehn Millionen Faulenzern die Rede gewesen war.

Doch möchte Eric Besson je alle solche Verfehlungen sanktionieren, dann wird er viel zu tun haben. Auf der von seinem Ministerium eingerichteten Homepage, wo User/innen anonyme (respektive unter Pseudonymen erscheinende) Beiträge zum Thema posten können – bislang wurden laut offiziellen Angaben 50.000 Verfasser/innen und 540.000 Leser/innen verzeichnet –, wimmelt es nur so von rassistischen Auslassungen. Einige stehen mitunter unter Autorenpseudonymen wie etwa „Karl Martell“. So fordert ein Beitrag wörtlich: „Wir dürfen uns für die Kreuzzüge nicht schämen, die Kolonialära nicht verleugnen.“ Ein anderer fordert, das Bodenprinzip im Staatsangehörigkeitsrecht ersatzlos abzuschaffen: „Um Franzose zu sein, muss man französisches Blut besitzen.“ Und wieder ein anderer schreibt: „Kein Franzose hat eine Ausländerinvasion erbeten.“ Eric Besson selbst gibt an, sein Ministerium habe Moderatoren eingesetzt und einige Beiträge gelöscht; sechs bis sieben Prozent der Beiträge würfen Probleme auf. Kritiker sehen eher bei mindestens 15 bis 20 Prozent rassistische Auswüchse.

Entsprechend heftig fällt auch die Ablehnung in inzwischen wachsenden Kreisen aus. In Toulouse störten über 100 Studierende und junge Linke die dortige „Debatte zur nationalen Identität“ lautstark; in Saint-Quentin-en-Yvelines (in der Nähe von Versailles) brachten etwa zwanzig linke Studierende die dortige „Debatte“ gar zum Platzen. In Troyes ließ die Komikertruppe Action Discrète die örtliche Veranstaltung durch eine Aufführung „verstecken Theaters“ ins Absurde abgleiten – die Diskussion drehte sich nunmehr um groteske Aussagen wie „Pilzesammeln ist sehr französisch, und wir Franzosen überwinden alle Hindernisse, dafür nehmen wir eine Leiter“ - und brachte sie durch ebenso ohrenbetäubendes wie falsches Absingen der Nationalhymne La Marseillaise beinahe zum Platzen. In Bayonne wiederum sorgten baskische Nationalisten für Gegenwind.

Laut Auffassung der Kritiker hat die so genannte Debatte vor allem „niedrige Instinkte freigesetzt“. Ihnen haben sich inzwischen auch die drei bürgerlichen Premierminister unter der Präsidentschaft Jacques Chiracs(1995 bis 2007) – also Alain Juppé, Jean-Pierre Raffarin und Dominique de Villepin – explizit angeschlossen. Sei es aus Abneigung gegen Chiracs Amtsnachfolger Sarkozy oder ehrlicher Überzeugung.

Nadine Morano: Staatssekretärin völlig ungeniert

Auf Regierungsseite hat man unterdessen längst zahlreiche bisherige Tabus gesprengt. Nadine Morano, Staatssekretärin →

für Familienpolitik im Sozialministerium, etwa sorgte am 14. Dezember o9 für einen Skandal, als sie an einer Debatte zur Nationalidentität vor 300 Personen in Charmes – einem Städtchen in den Vogesen – teilnahm. Ein örtlicher Abgeordneter der UMP hatte den Ort explizit ausgewählt, weil dort im 19. Jahrhundert der Schriftsteller Maurice Barrès geboren wurde. Barrès war ein früher Vordenker eines radikalen französischen Nationalismus vor dem Ersten Weltkrieg, der schon präfaschistische Züge trug. Er ist vor allem aus der Dreyfus-Debatte bekannt, in welcher er postulierte: „Die Schuld Dreyfus' schließe ich aus seiner Rasse."

Morano kommentierte dazu: „Ich kann überall über die nationale Identität diskutieren. Auch in Vichy." Und zu Barrès meinte sie, man müsse ihn doch vor dem Hintergrund seiner Zeit „und in der Gesamtheit seines Werks" betrachten. Denn schließlich habe auch „König Louis XIV. (Ludwig XIV.) das Edikt von Nantes widerrufen" – also die Tolerierung der Protestanten rückgängig gemacht –, und doch gingen heute die Leute in seinen prächtigen Schlössern spazieren. Den aktuellen Skandal löste darüber hinaus aber auch Moranos Beitrag in der örtlichen Debatte aus. Vor dem Publikum in Charmes war ein junger Mann im Saal aufgestanden, der sich als „jungen Arbeitslosen" aus einem benachbarten Dorf präsentierte – inzwischen ist bekannt, dass er ein Aktivist des rechtsextremen Front National ist. Er beschwor Charles Martell (Karl Martell), den fränkischen Krieger, der laut offizieller Geschichtsschreibung im Jahr 732 in Poitiers die Araber vertrieb und „die Ausbreitung des Islam in Europa stoppte" – die historische Wirklichkeit ist weitaus komplexer –, um eine Parallele zur Aktualität zu ziehen. Ähnlich wie an jenem Abend in Charmes tritt der Front National fast überall in diesen Debatten zur „nationalen Identität" auf, ergreift offen das Wort und übernimmt bisweilen die ideologische Führung. Manchmal, indem er die Regierung aufgrund ihres „mangelndes Mutes, das Einwanderungsproblem offen anzusprechen" kritisiert. Aber mitunter auch, indem er an ihre Politik andockt, wie im südwestfranzösischen Langon, wo der FN-Spitzenvertreter Jacques Colombier sich ausdrücklich auf Präsident Sarkozy bezog, der „ein Integrationsproblem mit dem Islam" zugegeben habe. Im ostfranzösischen Woippy wiederum meinte der örtliche FN-Mann, die Tatsache, dass Nicolas Sarkozy die nationale Identität staatsoffiziell zum Problem erhebe, sei „ein Eingeständnis der Schwäche" des Staates und räume die Existenz des Problems ein.

Auch in Charmes konnte der im Saal sitzende FN-Aktivist seine Vorgaben setzen. Morano erwiderte ihm, sie habe nichts gegen Ausländer, denn sie habe auch ausländische Freunde, weil sie nämliche Vorsitzende der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft für den Tschad – eine von Frankreich unterhaltene Militärdiktatur in Afrika - sei. Doch von „dem jungen Moslem" in Frankreich, den sie grundsätzlich respektiere, fordere sie, er solle gefälligst „nicht seine Kappe verkehrt herum aufgesetzt tragen, keinen Vorstadt-Jugendslang sprechen und sich eine Arbeit suchen". Dadurch schob sie Erscheinungen der Jugendkultur in sozialen Unterschichten, die alle Bevölkerungsgruppen betrifft, in eine ethnisch-religiös definierte Ecke ab und machte darüber hinaus noch Unterklassenjugendliche dafür selbst verantwortlich, dass sie keinen Job hätten. Ihre vor Ressentiment strotzenden Äußerungen sorgten kurz vor Weihnachten tagelang für eine heftige Polemik.

Was aber macht einen radikalen Nationalisten und „Anti-Dreyfusard" wie Maurice Barrès in den Augen konservativer französischer Regierungspolitiker so interessant? Augenscheinlich ist es der Zusammenhang zwischen der Nation und dem Boden, der Erde, welchen er zeitlebens herstellte. Denn auch Premierminister François Fillon, dessen Rede zum Thema vom 4. Dezember 09 (vor dem Institut Montaigne) von vielen Beobachtern zunächst als „mäßigendes Eingreifen in die Debatte" gewertet wurde, hatte die französische Nation durch ihren Bezug auf Landschaften und den Boden definiert: In Zeiten des Identitätsverlusts durch Globalisierung und Modernisierung gäben diese ihrer Identität festen Halt. Wie die Onlinzeitung Mediapart.fr nachwies, hatte Fillon dabei einen früheren Ideologen der präfaschistischen rechten Bewegung Action française – Jacques Bainville – quasi wörtlich wiedergegeben, ohne dieses Zitat auszuweisen. Unglaublicher Vorzug eines solches Nationsbegriffs aus Sicht eines konservativen Politikers, so schlussfolgerte Mediapart.fr: Er sei jeglichen gesellschaftlichen Wandlungen und sozialen Debatten entzogen, da an die Unvergänglichkeiten von Landschaftsformen gekoppelt.

Auch Präsident Nicolas Sarkozy ist der Versuchung, bei Blut und Boden-Ideologen Zuflucht zu nehmen, schon des Öfteren erlegen. Im März 2007 hatte er in seinem damaligen Wahlkampf einmal auch auf Maurice Barrès positiv Bezug genommen. Und jüngst, während er den Impuls des Schweizer Referendums aufgriff, hatte Sarkozy sich erneut auf einen Nationenbegriff, der Identität mit der Rede in Gestalt von Landschaften verknüpft, bezogen.

Nicolas Sarkozy und das Schweizer Referendums-Resultat

Am 9. Dezember 09 publizierte die liberale Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' einen Gastbeitrag Sarkozys, in welchem der Präsident zunächst indirekt aber deutlich dem Schweizer Abstimmungsergebnis Recht gab und sich „Kritik am Volk" mit einer populistischen Geste verbat. Auch wenn er hinzufügte, solche Fragen wie die nach der Ausübung der Religion seien zu kompliziert, um sie in einer Volksabstimmung mit Ja-oder-Nein-Fragen entscheiden zu lassen, so erklärte er doch Verständnis für jene, die „nicht wollen, dass das Gesicht ihres Landes verunstaltet wird" – gemeint war, durch den Bau von Minaretten – und dessen Identität verloren ginge.

In demselben Beitrag forderte Nicolas Sarkozy ferner auch „den Respekt derer, die aufgenommen werden, aber auch derer, die aufnehmen". Durch die Formulierung über die „Aufnehmenden" stellte er klar, wer das ältere Stammrecht im eigenen Land habe und also der Herr im Haus zu sein habe. Deswegen auch hätten die Gläubigen jüngeren Ansiedlungsdatums, also die Moslems, „Diskretion zu üben". Kurz zuvor hatte der Parteisprecher der UMP, Dominique Paillé, dies bereits kurz und knapp auf den Punkt gebracht: Zwar gebe es im laizistischen Frankreich keine Staatsreligion, „aber manche Religionen waren schon vor dem Aufkommen der Republik da" – und seien also in ihr historisches Erbe eingeflossen , während „andere hingegen erst später kamen" und also die Spielregeln zu respektieren hätten.

Auch andere Äußerungen fielen, die selbst durch Angehörige der Regierungspartei als „antilaizistisch" bezeichnet wurden: Zwei Tagen vor Weihnachten machte der frühere Justizminister Dominique Perben sich Sorgen, dass es „demnächst ebenso viele Moscheen wie Kathedralen" geben könne und dann „Frankreich nicht mehr länger Frankreich" sei. Die für Seniorenpolitik zuständige Staatssekretärin Nora Berra verließ am 22. Dezember 09 Türen knallend eine Sitzung der UMP-Parlamentsfraktion, weil solche Auslassungen „antisäkular" seien; musste sich daraufhin jedoch im Radiosender Europe1 fragen lassen, ob sie „als Politikerin oder als Muslimin" reagiert habe – was sie korrekt mit der Aussage beantwortete, Religion sei im laizistischen Frankreich (noch immer) Privatsache.

Offenkundig hat ein Teil der regierenden Rechten der Versuchung nachgegeben, auf dem Erfolg des Schweizer Referendums zu „surfen" und zu versuchen, einen Teil der früheren Wählerbasis der extremen Rechten auf die Dauer in den konservativen Block einzubinden. Die parteiförmige extreme Rechte soll längerfristig auf einen harten Kern ihrer nationalrevolutionär und pseudo-antikapitalistisch auftretenden, sich „systemfeindlich" gebenden Flügel zurückgestutzt werden. Ihre Wählerschaft in eher bürgerlichen Schichten und der eher für nationalkonservative, „abendländisch"-kolonialistische Thesen ansprechbare Teil ihres Publikums - der 2007 relativ massiv für den Kandidaten Sarkozy zu votieren anfing - soll offenkundig dauerhaft und strukturell integriert werden. Auch wenn die ideologische Melodie dabei, im Gegenzug zur Ära der Dreyfus-Debatte, unter Sarkozy eher philosemitisch ausfällt denn von Antisemitismus geprägt wird, so vermag diese Aussicht dennoch kaum zu beruhigen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Verantwortliche für den Tod Oury Jallohs zur Rechenschaft ziehen!

Im Fall Oury Jalloh endlich der Gerechtigkeit genüge tun

„Was jedem Prozessbeobachter klar war, hat nun der Bundesgerichtshof dem Landesgericht ins Stammbuch geschrieben: Niemand kann sich in einer Polizeizelle selbst verbrennen, ohne dass die diensthabenden Beamten etwas davon mitbekommen und eingreifen können. Das Gericht kann sich nicht darauf hinausreden, wegen des skandalösen Aussageverhaltens der Polizeibeamten zu einem Freispruch gezwungen gewesen zu sein.

Das Landgericht Dessau ist nun nicht nur gefordert, eine neue Beweiswürdigung vorzunehmen. Es muss auch die Motivation der diensthabenden Beamten im Umgang mit Menschen ausländischer Herkunft beleuchtet werden. Wenn nicht Faulheit oder Desinteresse dazu geführt haben, dass Oury Jalloh in seiner Zelle verbrannt ist, kann es nur blanker Rassismus gewesen sein.“ so die Abgeordnete der LINKEN, Ulla Jelpke anlässlich des Revisionsverfahrens im Fall Oury Jalloh vor dem Bundesgerichtshof.

Foto: Kundgebung in Bremen am 10.1.10

„Die Verantwortlichen für den Feuertod von Oury Jalloh müssen endlich zur Rechenschaft gezogen werden,“ so die Abgeordnete weiter:

„Selbst der Richter, der damals über die beteiligten Polizisten zu urteilen hatte, beklagte sich über die Lügen und Falschaussagen der insgesamt 50 Polizisten, die im Prozess vor dem Landgericht Dessau ausgesagt hatten. Der Richter hat damit nichts weniger festgestellt als den rassistischen Normalzustand in Deutschland, der auch vor den Türen von Polizeiwachen nicht halt macht. Aber es sind nicht nur einzelne Polizeibeamte, die sich von rassistischen Vorurteilen lenken lassen. Das deutsche Recht mit seiner Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete macht Menschen zu Straftätern, die niemandem Schaden zugefügt haben. Durch diese Gesetze werden Menschen nicht-deutscher Herkunft zu Objekten verstärkter Kontrolle durch die Polizei.

Ich finde es erschreckend, wie die Dessauer Polizei offensiv und ohne Skrupel gegen diejenigen vorgeht, die die Aufklärung über den Tod Oury Jallohs in den letzten fünf Jahren vorangetrieben haben.

Vor wenigen Tagen hat Mouctar Bah für dieses Engagement die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte erhalten. Mit weiteren Unterstützern traf er sich gestern in dem von ihm betriebenen Internetcafé in Dessau. Es ist wohl kein Zufall, dass die Polizei gestern abend dort anrückte, eine rechtswidrige Hausdurchsuchung durchführte und die Betroffenen viereinhalb Stunden vor Ort festhielt.

Damit hat die Dessauer Polizeiführung die Grenze zur offenen Schikane gegen politisch unliebsame „Ausländer“ deutlich überschritten.

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

20 Jahre Kinderrechtskonvention: Bundesregierung will Vorbehalt zurücknehmen

Am 20. November 2009 feierte die UN-Kinderrechtskonvention ihr 20. Jubiläum. Die Präambel besagt, dass „das Kind wegen seiner mangelnden körperlichen und geistigen Reife besonderen Schutzes und besonderer Fürsorge, insbesondere eines angemessenen rechtlichen Schutzes vor und nach der Geburt, bedarf.“

Die Kinderrechtskonvention ist das UN-Abkommen mit der höchsten Zustimmungsquote, lediglich zwei Staaten haben die Konvention nicht ratifiziert, einige andere nur unter Vorbehalten – wie beispielsweise Deutschland. Diese „Vorbehaltserklärung der Bundesrepublik Deutschland zur UN-Kinderrechtskonvention“, die während der Abgabe der Ratifizierungsurkunde verlesen wurde, soll nun laut Koalitionsvertrag von der schwarz-gelben Regierung zurückgenommen werden.

Dort heißt es ab Zeile 3084: „Wir setzen uns für eine Stärkung der Kinderrechte ein. Diese Rechte müssen im Bewusstsein der Erwachsenen stärker verankert werden. Wir wollen in allen Bereichen, insbesondere bei den Schutz-, Förder- und Partizipationsrechten, kindgerechte Lebensverhältnisse schaffen. Wir wollen die Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention zurücknehmen. An der Ausgestaltung eines Individualbeschwerdeverfahrens zur UN-Kinderrechtskonvention werden wir aktiv mitwirken.“

Michael Lindenbauer, UNHCR-Vertreter für Deutschland und Österreich, begrüßt diese Entscheidung mit den Worten: „Es wäre ein wichtiges Signal, dieses Vorhaben möglichst rasch umzusetzen.“ Zusätzlich schlägt er vor, den Vorrang des Kindeswohls auch ausdrücklich im Asyl- und Aufenthaltsrecht zu verankern. Hintergrund dieser Forderung ist, dass Deutschland als einer von wenigen europäischen Staaten auch Minderjährige abschiebt.

Quelle: Publikation „Forum Migration Januar 2010“ ■

Abschiebungsversuch nach Syrien im letzten Moment gestoppt!

NIEDERSACHSEN. Der Versuch des Landkreis Wesermarsch, die Abschiebung eines Flüchtlings nach Syrien durchzusetzen, ist im letzten Moment verhindert worden: Der Betroffene befand sich bereits im Flugzeug in Frankfurt und sollte um 15 Uhr abgeschoben werden.

Seit dem vom BMI verfügten Abschiebungsmoratorium für Flüchtlinge aus Syrien am 16.12.2009 war dies bundesweit der bislang erste und einzige Abschiebungsversuch nach Syrien. Das BMI hat-

te aufgrund diverser Fälle von Festnahme nach Abschiebung die Bundesländer gebeten, auf Abschiebungen nach Syrien vorerst zu verzichten und auf die Möglichkeit der Folgeantragstellung hinzuweisen.

Das nach Bekanntwerden des Abschiebungsversuchs um 10 Uhr eingeschaltete niedersächsische Innenministerium hatte die Abschiebung bis 13.00 Uhr nicht gestoppt und war telefonisch nicht mehr zu erreichen. Die Ausländerbehörde des Landkreis Wesermarsch teilt stattdessen mit, dass das Innenministerium die Abschiebung befürwortet habe. Daraufhin stellte der vom Refugium Wesermarsch kurzfristig beauftragte Rechtsanwalt Hausin aus Oldenburg beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Asylfolgeantrag beim Bundesamt in Oldenburg. Dieses ordnete dann an, dass die Abschiebung nicht vollzogen werden dürfe.

Es spricht für sich, wie das niedersächsische Innenministerium mit der Bitte des BMI verfahren ist, vor dem Hintergrund mehrerer Fälle von Inhaftierungen nach Abschiebung vorerst keine Flüchtlinge mehr nach Syrien abzuschieben. Auch drei Wochen nach Eintreffen des Schreibens des Bundesinnenministeriums weiß in Niedersachsen offenbar keine einzige Ausländerbehörde davon. Die Ignoranz der niedersächsischen Landesregierung ist unerträglich.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Ärztliche Schweigepflicht hat künftig Vorrang

BERLIN. Seit mehreren Jahren engagiert sich der Jesuiten-Flüchtlingsdienst gemeinsam mit anderen Organisationen wie dem Deutschen Caritas Verband und dem Katholischen Forum Leben in der Illegalität dafür, dass Menschen ohne Aufenthaltspapiere in Deutschland elementare Menschenrechte wahrnehmen können: etwa Krankenfürsorge in Notfällen, Zugang zu Schulbildung für Kinder und Schutz vor ausbeuterischen Arbeitsbedingungen. „Mit den seit 31.10.2009 geltenden Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz (VwV) sind wir diesem Ziel einen Schritt näher gekommen." so der jesuiten-Flüchtlingsdienst. Die VwV, gedacht als Auslegungshilfe für die Verwaltungsbehörden, schränken die Pflicht zur Meldung von Ausländern ohne Aufenthaltsstatus an mehreren sensiblen Punkten ein. So soll die ärztliche Schweigepflicht jetzt nicht nur für medizinisches Personal, sondern auch für die Angestellten öffentlicher Krankenhäuser und auch die Mitarbeiter von Sozialämtern gelten. Damit wird es statuslosen Migranten erleichtert, zumindest in medizinischen Notfällen ärztliche Hilfe zu erlangen. Bisher hatte in diesen Fällen für Unsicherheit gesorgt, dass unklar war, ob Krankenhauspersonal die Betroffenen an die Ausländerbehörde hätte melden müssen; das gleiche galt bei den Sozialämtern im Zuge der Abrechnung der Behandlungskosten. Immer wieder kam es in der Vergangenheit auch dazu, dass Eltern ohne Aufenthaltsstatus aus Furcht vor Entdeckung ihre Kinder nicht zur Schule schickten. Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen haben wiederholt kritisiert, dass die Gesetzeslage damit faktisch dazu führte, dass die Kinder den Preis für die Migrationsentscheidung ihrer Eltern zahlen mussten. Die VwV stellt nun noch einmal klar, dass öffentliche Stellen nur zur Meldung verpflichtet sind, wenn sie die Kenntnis vom illegalen Aufenthalt „in Erfüllung ihrer Aufgaben" erhalten. Wo hingegen das Landesrecht bestimmt, dass es nicht zu den Aufgaben der Schule gehört, den Aufenthaltsstatus zu erfragen, soll die Meldepflicht nicht eingreifen. Erste Bundesländer haben entsprechende Klarstellungen bereits erlassen bzw. sind auf dem Wege dazu. Indessen wäre aus der Sicht des JRS zu begrüßen, wenn Schulen explizit von der Übermittlungspflicht ausgenommen wären. Eine entsprechende Ausnahme gibt es z. B. für Jugendämter, wenn andernfalls die Erfüllung ihrer Aufgaben gefährdet wäre.

Quelle: jesuiten-fluechtlingsdienst Dez. 2009 ■

Bleiberechtsregelung verlängert

Geduldete Flüchtlinge müssen weiterhin auf eine abschließende Regelung ihrer prekären aufenthaltsrechtlichen Situation warten. Die Innenminister und -senatoren konnten sich auf ihrer Herbsttagung nur auf die Verlängerung der bestehenden Regelung um zwei Jahre einigen. Oppositionsparteien und Flüchtlingshilfsorganisationen fordern nun eine Initiative der Bundesregierung.

Die Innenminister von Bund und Ländern haben auf ihrer Konferenz am 3. und 4. Dezember in Bremen die Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete verlängert. Die seit Ende August 2007 geltende so genannte Altfallregelung (§§ 104a/b AufenthG) sieht vor, dass langjährig geduldete Flüchtlinge, d. h. Menschen, die zum 1. Juli 2007 mindestens acht Jahre bzw. bei Familien mit minderjährigen Kindern sechs Jahre in Deutschland lebten, eine bis zum 31.12.2009 befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten. Bis zu diesem Stichtag mussten die Betroffenen nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familienangehörigen selbständig bestreiten können (vgl. MuB 10/07, 10/06).

Rund 38.000 Personen hatten nach Auskunft der Bundesregierung auf Basis der Altfallregelung eine befristete Aufenthaltserlaubnis bekommen. Knapp 31.000 erhielten diese nur „auf Probe", weil sie kein ausreichendes Einkommen nachweisen konnten. Ihnen drohte zum 1. Januar 2010 der Rückfall in die Duldung und so möglicherweise die Ausweisung. Eine Neuregelung war daher dringend erforderlich (vgl. MuB 8/09, 3/08, 2/08, 10/07).

Auf ihrer Herbsttagung einigten sich die Innenminister und -senatoren nun darauf, die bisherige Regelung um zwei Jahre zu verlängern. Mit einer aufenthaltsrechtlichen Besserstellung bedacht werden Geduldete, die seit Juli 2007 eine Schul- oder Berufsausbildung abgeschlossen haben oder sich noch in einer Berufsausbildung befinden. Diese Personen erhalten aus humanitären Gründen eine auf zwei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis. Gleiches gilt für Personen, die in den vergangenen sechs Monaten zumindest einer Halbtagsbeschäftigung nachgegangen sind oder dies ab spätestens Ende Januar 2010 in den kommenden sechs Monaten tun werden. Man könne erwarten, dass sich diese Menschen in die deutsche Gesellschaft „erfolgreich integrieren und sie zukünftig ihren Lebensunterhalt selbständig sichern" werden, heißt es in der Presseerklärung des Bremer Innensenators und amtierenden Vorsitzenden der Innenministerkonferenz (IMK) Ulrich Mäurer (SPD).

Bei den geduldeten Flüchtlingen, die sich um einen Job bemüht haben, kann zumindest der Aufenthaltstitel „auf Probe" um zwei weitere Jahre verlängert werden. Bedingung ist, dass die Behörden es für wahrscheinlich halten, dass die Betroffenen den Unterhalt in zwei Jahren durch eigene Erwerbstätigkeit bestreiten können. Ein zusätzlicher Familiennachzug für diese Personen ist nicht möglich, solange kein dauerhafter Aufenthaltstitel vorliegt.

Die Positionen von SPD und Unionsparteien waren bislang gegensätzlich. Während die Minister und Senatoren der SPD-regierten Länder eine Dauerlösung zum 1. Januar 2010 forderten, wollten die CDU/CSU-Minister vorrangig die „Zuwanderung in die Sozialsysteme" verhindern. Dementsprechend unterschiedlich fielen die Reaktionen zum Ergebnis der Konferenz aus. Während der hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU) von einer „humanitären Großtat" sprach, bezeichnete Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) die Verlängerung der bestehenden Regelung lediglich als einen „vernünftigen Kompromiss".

FDP-Innenexperte Hartfrid Wolff begrüßte den Kompromiss, forderte aber zugleich eine nachhaltige Lösung des Problems der Kettenduldungen. Dabei müsse die Residenzpflicht so ausgestaltet werden, „dass eine hinreichende Mobilität insbesondere im Hinblick auf eine zugelassene Arbeitsaufnahme möglich ist", erklärte Wolff.

Der flüchtlingspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen Josef Winkler sprach von einem „dürftigen Ergebnis“ der Innenministerkonferenz und setzte sich stattdessen für einen Gesetzesvorschlag zur Bleiberechtsregelung ein. Der migrationspolitische Sprecher der Linksfraktion Ali Al Dailami bezeichnete den Beschluss als „völlig unzureichend“. Die Voraussetzungen für den Erhalt eines geregelten Aufenthaltsstatus hätten sich in Zeiten der Wirtschaftskrise als kaum erfüllbar erwiesen.

Die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl bewertete die Ergebnisse als Minimalkompromiss. „Eine wirkliche Lösung ist das nicht“, heißt es in einer Presseerklärung, „keinem einzigen, der jetzt nicht bereits die Aufenthaltserlaubnis auf Probe hat, vermittelt der Beschluss eine Perspektive.“ Außerdem löse die erneute Stichtagsregelung nicht das Problem der Kettenduldungen.

Einer kleinen Anfrage der Linkspartei zufolge leben ca. 100.000 Geduldete in Deutschland, davon über 62.000 bereits länger als sechs Jahre. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kündigte an, sich für ein Bundesgesetz zur Altfallregelung bis 2012 einzusetzen.

Quelle: www.migration-info.de ■

Neuerscheinung: Buch zur Ausstellung: „Die vergessenen Europäer“

Anfang dieses Jahres fand in Köln die erfolgreiche Ausstellung „Die vergessenen Europäer“ statt, veranstaltet vom Rom e.V. Köln und dem Kölnischen Stadtmuseum. Die Ausstellung präsentierte zum ersten Mal in Deutschland zeitgenössische Kunst der Roma, Werke von Nicht-Roma-Künstlern zum Thema und zugleich das Bild der „Zigeuner“ in der europäischen Kunstgeschichte seit dem 15 Jahrhundert. Das Buch zur Ausstellung ist jetzt erschienen, mit zahlreichen farbigen Abbildungen. Es kostet 25 Euro und kann im Rom e.V. bestellt werden.
mail: rom.ev@netcologne.de, Tel: 0221-242536 oder Fax: 0221-2401715.
Außerdem bittet ROM e.V. um Spenden für das Schulprojekt Amaro Kher. Jeden Euro, jeden Cent, der für das Schulprojekt gespendet wird, verdoppelt der Evangelische Kirchenverband Köln und Region. „Amaro Kher“ ist ein Schulförderprojekt für Roma Flüchtlingskinder und deren Familien. Internet: http://www.amaro-kher.de/
Spendenkonto: 4404 / BLZ 37050299 / KSK Köln / Empfänger: Ev. Kirchenverband Köln u. Region / Stichwort: Diakoniespende 2009/2010 ■

Für eine andere Flüchtlingspolitik

Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. Die Zahl der Flüchtlinge, die im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald wohnen, ist stark zurückgegangen. Doch auch die relativ wenigen Verbliebenen leben in großer Unsicherheit – sie müssen jederzeit mit Abschiebung rechnen. Ihre Lebensbedingungen will der „Freundeskreis Diakonie“ in der evangelischen Kirche verbessern. Überhaupt, so die Forderungen dieses Freundeskreises, müsse ein Wandel in der Flüchtlingspolitik eingeleitet werden, den Flüchtlingen müssten mehr Rechte zugestanden werden.

Wenn es um die Unterstützung von Menschen geht, die – aus welchen Gründen auch immer – ihre Heimat verlassen mussten und in Deutschland eine neue Heimat suchen, dann kann die Kirche auf eine lange Tradition verweisen. Das Kirchenasyl steht zum Beispiel für diese Tradition der Hilfe. Der Freundeskreis Diakonie ist ein Kreis von Verantwortlichen aus Kirche und Diakonie im evangelischen Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald. Seine Aufgabe sieht dieser Freundeskreis darin, Diakonie und ihre Themen zu hinterfragen und Positionen zu sozialpolitischen Entwicklungen zu formulieren und in der Öffentlichkeit und kirchenintern zu vertreten.“

Seit langem diskutieren die Freundeskreis-Mitglieder die Entwicklungen im Bereich der Flüchtlingspolitik, aber auch die Schicksale hier lebender Flüchtlinge. Dass Flüchtlinge auf ihrem gefahrvollen Weg umkommen, und dass Menschen, die diesen Flüchtlingen helfen, aus formalen Gründen verurteilt werden, sei „schwer aushaltbar“, sagt Diakonie-Geschäftsführer Albrecht Schwerer.

Aus Anlass der Innenministerkonferenz vor einigen Wochen, aber auch aufgrund der aktuellen generellen Situation für Flüchtlinge in Europa hat der Freundeskreis vier Forderungen für die Diakonie entwickelt. Das Ergebnis der Innenministerkonferenz sei „ernüchternd“ gewesen, so Bernhard Beier-Spiegler, es sei dabei nicht mehr herausgekommen, als dass die bestehenden – „schlechten“ – Kriterien für die Flüchtlinge um zwei Jahre verlängert worden seien.

Die Diakonie Breisgau-Hochschwarzwald, so die erste Forderung, „tritt für eine andere Flüchtlingspolitik ein, welche das Recht der Flüchtlinge auf Schutz und Aufnahme, aber auch die demografischen Entwicklungen in Deutschland berücksichtigt“.

Für sofortigen Abschiebestopp von Roma aus dem Kosovo

Vor diesem Hintergrund, so die zweite Forderung, „wird der Beschluss der Innenministerkonferenz insofern kritisiert, als eine Verlängerung des Bleiberechts als ungenügend eingestuft wird. Vielmehr wird eine Erweiterung des Bleiberechts für benachteiligte Gruppierungen (Kinder, Jugendliche, Familien, Kranke) als notwendig angesehen“.

Es sei nicht hinnehmbar, so die Mitglieder des Freundeskreises, dass Flüchtlinge in permanenter Angst vor Abschiebung leben müssten, obwohl sie nicht selten sehr gut integriert seien.

Zwar könnten erwachsene Flüchtlinge mitunter die geforderte Sprachkompetenz nicht vorweisen, doch die Kinder, manche von ihnen in Deutschland geboren, hätten beste Deutschkenntnisse – die Flüchtlinge seien schlicht Mitbürger geworden, die man in die Gesellschaft aufnehmen müsse.

Gefordert wird auch ein „sofortiger Abschiebestopp“ von Roma aus dem Kosovo. Der Kosovo sei kein Staatswesen, das Minderheiten Sicherheit garantieren könne; immer wieder komme es zu Übergriffen. Schließlich fordert der Freundeskreis den Beitritt der Diakonie zur Saveme-Kampagne, die eine quotierte Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland für sinnvoll erachtet.

Quelle: Roma Virtual Network 1.1.10 ■

Sinti und Roma: Bundesrat prangert Diskriminierung an

In einer Gedenkfeier für die in der NS-Zeit ermordeten Sinti und Roma hat Bundesratspräsident Jens Böhrnsen (SPD) die alltägliche Diskriminierung dieser Ethnie angeprangert.

Gerade im Internet und in Fußballstadien mache sich erneut ein starker Rassismus gegen Sinti und Roma breit, sagte der Bremer Bürgermeister am 18.12.2008 in einer Gedenkrede im Bundesrat.

In Deutschland seien Sinti und Roma weiterhin häufig ausgegrenzt. Die Mehrheitsbevölkerung kenne dieses Volk und seine Kultur kaum. „Demokratie ist da, wo ihnen mit Respekt und mit Neigung begegnet wird“, sagte Böhrnsen. Die Erinnerung verlange zu handeln, wo Minderheiten unterdrückt würden. Der Bundesratspräsident wies auf die Diskriminierung von Sinti und Roma in einigen EU-Beitrittsländern hin. In Ungarn seien in den vergangenen Monaten sieben Angehörige dieser Volksgruppe ermordet worden.

Der Bundesrat gedenkt traditionell in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten der von den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Sinti und Roma. Am 16. Dezember 1942 hatte der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, im „Auschwitz-Erlass“ die vollständige Vernichtung der europäischen Sinti und Roma angeordnet. Rund 23.000 Angehörige dieser Minderheit aus elf europäischen Ländern wurden in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert, darunter 10.000 deutsche Sinti und Roma. Fast alle von ihnen kamen ums Leben.

Der Völkermord sei für Sinti und Roma bis heute der entscheidende Bezugspunkt in ihrer Geschichte, sagte Böhrnsen. Es gebe kaum eine Familie, die nicht von diesem Schicksal gezeichnet sei. Eine „zweite Schuld“ habe Deutschland auf sich geladen, als sich die Gesellschaft mit den Tätern ausgesöhnt, aber die Opfer weiter diffamiert habe.

Quelle: epd ■

Regierung ignoriert Gerichtsentscheide gegen Asyl-Überstellungen nach Griechenland

Berlin. „Die Bundesregierung ignoriert weiterhin Gerichtsentscheidungen gegen Asyl-Überstellungen nach Griechenland“, so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drs. 17/72) zu mittlerweile sechs Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und zahlreichen verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen gegen diese Überstellungspraxis. Jelpke weiter:

„Nach den nun vorgelegten Zahlen wurden allein in diesem Jahr 1.855 Überstellungsersuchen an Griechenland gestellt. Grundlage dafür sind die EU-Zuständigkeitsregeln für die Durchführung von Asylverfahren, das so genannte Dublin-Verfahren. Griechenland hat in 933 Fällen zugestimmt, 181 davon wurden tatsächlich durchgeführt. 60 Überstellungen konnten nicht durchgeführt werden, weil die Asylsuchenden aus Angst vor ihrer Überstellung abgetaucht sind.

Die Bundesregierung nimmt mit ihrer Politik wissentlich und willentlich in Kauf, dass Menschen in die Illegalität getrieben werden, womit sie sich nach deutschem Recht strafbar machen und keine Chance mehr auf ein Bleiberecht haben. Dabei ist es die Bundesregierung, die mit ihrer fortgesetzten Praxis der Rücküberstellungen die Grundrechte der Flüchtlinge verletzt und mittlerweile sechs Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ignoriert. Das höchste deutsche Gericht hatte vorläufigen Rechtsschutz gegen eine Überstellung nach Griechenland verfügt, weil es Zweifel am dortigen Asylsystem hatte. Dem haben sich mittlerweile über 80 Verwaltungsgerichte und Oberverwaltungsgerichte angeschlossen.“

Die Antwort kann auf meiner homepage heruntergeladen werden: www.ulla-jelpke.de

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

DIE LINKE: Gegen geplante Abschiebungen nach Syrien

Hannover. DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag spricht sich für einen sofortigen Abschiebestopp von Flüchtlingen nach Syrien aus und fordert die Landesregierung auf, den Handlungsempfehlungen des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein zu folgen. Anlass sind Berichte des Bundesinnenministeriums, wonach abgeschobene Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in Syrien verhaftet worden sind. DIE LINKE fordert, solange keine Asylanträge von Syrern mehr abzulehnen, bis das Auswärtige Amt einen Bericht über die Situation der Abgeschobenen vorgelegt hat.

Ausreisepflichtigen Syrern soll die Möglichkeit gegeben werden, einen Asylfolgeantrag zu stellen. Das Innenministerium von Schleswig-Holstein hat noch im Dezember letzten Jahres einen entsprechenden Erlass an die Ausländerbehörden herausgegeben.

„Im Kern handelt es sich hierbei um einen Abschiebestopp“, sagte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann. „Das Land Niedersachsen ist jetzt gefordert, dieser Praxis zu folgen und keine weiteren Abschiebungen nach Syrien mehr vorzunehmen“.

Zimmermann kündigte eine entsprechende Initiative ihrer Fraktion im Landtag an.

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hatte die Landesregierung mitgeteilt, dass sich zum Stichtag 31.12.2008 in Niedersachsen über 1.600 sogenannte „vollziehbar ausreisepflichtige Personen“ aus Syrien aufhielten, deren Aufenthalt hier bislang geduldet ist, die aber vom deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommen betroffen sein könnten.

Quelle: DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag ■

Abschiebungen in den Kosovo stoppen!

Krefeld. Gegen die Abschiebung von vier Roma-Familien mit sechs Erwachsenen und 15 Kindern in den Kosovo im Winter setzt sich eine Gruppe um den ehemaligen Propst Edmund Erlemann ein und hat Ende Dezember 2009 einen offenen Brief an Oberbürgermeister Norbert Bude geschickt.

Die 17 Vertreter von 16 Vereinen, Verbänden, Parteien, Bündnissen und Arbeitskreisen fordern den Verwaltungs-Chef auf, „sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Abschiebung nicht jetzt während des Winters erfolgt“.

Die Betroffenen leben im Asylbewerberwohnheim Luisental in Mönchengladbach, zum Teil sind sie seit 20 Jahren in Deutschland. Erlemann: „Das ist ihre Heimat, einige der Erwachsenen sind mit sieben Jahren hierher gekommen. Die 15 Kinder sind alle hier geboren. Der Kosovo ist nicht ihre Heimat.“ Die Mädchen und Jungen seien nach Einschätzung ihrer Lehrer „sehr gut integriert“. Die zehn Schüler der Grundschule Steinstraße hätten „gute Aussichten“, eine Realschule zu besuchen.

Erlemann, der u.a. Vorsitzender des Volksvereins-Beirats ist, ist „sehr betroffen“ von der Situation dieser Menschen. Wenn sie abgeschoben würden, kämen sie in ein Land, in dem sie „keine Infrastruktur“ hätten. Die Jahreszeit würde ihre Lage noch verschlimmern. „An der Gesetzgebung kann auch der OB nichts ändern“, so Erlemann, aber es erschüttere ihn, „dass man aus so einem reichen Land in so einer Jahreszeit abschieben will.“

Erlemann hofft, die Abschiebung vielleicht ganz verhindern zu können. Ein Beispiel, dass sich seine Hoffnung lohne, sei das Wanderkirchenasyl von 36 kurdischen Männern und Frauen. Sie zogen durchs Bistum Aachen von Kirche zu Kirche und kamen auch in der Hauptpfarre in Gladbach unter.

„Danach haben alle Betroffenen per Einzelfallregelung einen Status bekommen.“

Erst Mitte Dezember hatte der Hohe Kommissar des Flüchtlingsrates der Vereinten Nationen die deutsche Regierung aufgefordert, die Abschiebung von Roma in den Kosovo zumindest so lange auszusetzen, bis die menschenrechtswidrigen Bedingungen behoben und die vor allem für Kinder lebensgefährlichen Bleiverseuchungen in Auffanglagern beseitigt seien.

Quelle: Roma Virtual Network ■

„Das Fenster der Möglichkeiten offen halten“

Vor Rückschritten bei der Lösung des Kurdenkonflikts warnte der Friedensforscher Prof. Dr. Andreas Buro am 13.12.2009 auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll.

Vor dem Hintergrund des Verbots der Kurdenpartei DTP durch das türkische Verfassungsgericht sagte er: „Das Fenster der Möglichkeiten darf nicht wieder zuschlagen und den Kurs auf die Lösung der Kurdenfrage erneut um viele Jahre verstellen“.

In den letzten Monaten hatte die Erdogan-Regierung in der Türkei etliche Zugeständnisse an die kurdische Minderheit angekündigt und teilweise umgesetzt. Unter anderem wurden kurdischsprachige Sendungen im türkischen Staatsfernsehen zugelassen, kurdische Dörfer sollten ihre ursprünglichen Namen zurückerhalten, und selbst dem inhaftierten PKK-Chef Öcalan wurden Hafterleichterungen zugesagt. Dieser Prozess sollte auf der Tagung mit dem Titel „Positive Entwicklungen in der Türkei?“ bilanziert und bewertet werden. Durch das Verbot der pro-kurdischen DTP – der wichtigsten politischen Interessenvertretung der Kurden in der Türkei – sahen sich die Bad Boller Tagungsmacher plötzlich vor eine neue Ausgangssituation gestellt. Wegen der zugespitzten Situation in der Türkei mussten Parlamentsabgeordnete sowohl der Regierungspartei AKP als auch der Kurdenpartei DTP ihre angekündigte Teilnahme an der Tagung absagen. Nach Bad Boll gekommen waren aber die DTP-Spitzenpolitiker Medeni Kirici und Muzaffer Ayata sowie Vertreter verschiedener kurdischer Verbände und Organisationen in Deutschland.

Andreas Buro, Sprecher des Dialogkreises „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“, mahnte eindringlich auf der Tagung, am Kurs der Aussöhnung und des Gewaltverzichts festzuhalten. Dafür brauche es einen langen Atem, denn Teile der türkischen Generalität, „alte nationalistische Kräfte“ und „gewaltbereite Sektierer in vielen Lagern“ hätten ein offenkundiges Interesse, diesen Prozess zu verhindern.

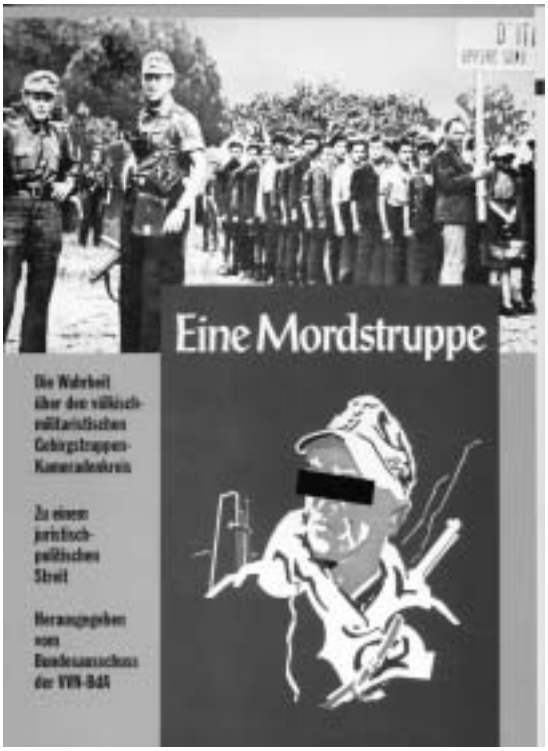
Buro präsentierte auf der Tagung einen umfassenden „Fahrplan für eine friedliche und zivile Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts“. Darin ruft er vor allem die Intellektuellen und Schriftsteller auf, sich gegen eine Politik der Gewalt auszusprechen und dabei die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen in der EU zu suchen.

Von kurdischen Organisationen, die bisher den bewaffneten Kampf geführt oder unterstützt hatten, fordert er eine „grundsätzliche Bereitschaft zum Gewaltverzicht“, wobei er betont, dass dies mehr bedeuten müsse als der Waffenstillstand, wie er gegenwärtig von der PKK praktiziert werde. Zugleich müsse auch die Regierung in Ankara auf militärische Mittel verzichten, „offiziell den Wunsch nach Aussöhnung aussprechen“ und eine Amnestie einleiten.

An die deutsche Bundesregierung richtet er die Forderung, dass sie sich in der EU dafür einsetzt, die kurdische Guerilla nicht mehr als „terroristisch“ einzustufen, solange sie an ihrem Waffenstillstand festhält. Eine besonders wichtige Rolle in der Beilegung des Konflikts spielt nach Ansicht Buros die Europäische Gemeinschaft. Bisher fehle es an der „ausdrücklichen Unterstützung einer friedlichen Lösung“ durch die Gremien der EU. Sie müsse in ihren Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stärker als bisher auf eine Lösung der Kurdenfrage drängen, ohne die die Menschenrechtsprobleme in der Türkei nicht zu bewältigen seien.

Auf der Tagung in Bad Boll erhielt Andreas Buro breite Zustimmung zu seinen Vorschlägen. Der DTP-Politiker Muzaffer Ayata erklärte: „Von kurdischer Seite wird keiner diesem Fahrplan für eine Lösung des Konflikts widersprechen.“

PM Evangelische Akademie Bad Boll ■



„Eine Mordstruppe“ – Die Wahrheit über den Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V.

herausgegeben vom Bundesausschuss der VVN-BdA, 2009, 130 Seiten, 7,- Euro, zu beziehen über http://shop.vvn-bda.de oder VVN-BdA NRW (Gathe 55, 42107 Wuppertal, vvn-bdanrw@freenet.de und ullisander@gmx.de).

Im Jahr 2009 sollte die VVN-BdA von den Anwälten der Gebirgsjäger mundtot gemacht werden. Sie hat sich erfolgreich gewehrt – auch mit Hilfe verschiedener Archive und journalistischer Kolleginnen und Kollegen. Nun gibt es eine Broschüre des VVN-BdA-Bundesausschusses zu den Vorgängen mit dem Titel „Eine Mordstruppe“. Sie wurde zu einer Streitschrift nicht nur im Kampf gegen alte Militärstrukturen, für Entschädigung der Opfer der Wehrmachtsverbrechen und für die Bestrafung der Täter.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Anti-Antifa-Kampagne

Junge Freiheit Nr. 52/53 vom 18. Dezember 2009

Das Blatt versucht neuerdings, Kampagnen zu starten. In dieser Ausgabe ruft Chefredakteur Dieter Stein dazu auf, beim Innenministerium gegen den Präsidenten der Bundeszentrale für Politische Bildung, Thomas Krüger, zu protestieren. Krüger hat in dem Buch „Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – was man wissen muss und wie man sich wehren kann“ ein Vorwort geschrieben, ein zweites Vorwort stammt vom Chefredakteur der „Zeit“, Giovanni di Lorenzo.

Chefredakteur Dieter Stein berichtet: „Vor über einem Jahr startete die Hamburger Wochenzeitung Die Zeit eine umstrittene Internetplattform namens ‚Netz gegen Nazis‘ … Leser der JF folgten einem Aufruf und protestierten zu Hunderten bei Zeit-Herausgeber Altbundeskanzler Helmut Schmidt und weiteren Verantwortlichen des Holtzbrinck-Verlags und der Zeit. Nach der Protestwelle hat sich die Zeit pro Forma aus dem Impressum zurückgezogen und die Internetseite jetzt als Projekt der linksradikalen Amadeu-Antonio-Stiftung ausweisen lassen … Massive Proteste beim ZDF-Intendanten Markus Schächter ermunterten den öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ZDF, sich als Kooperationspartner des linken Hetzportals zurückzuziehen … Jetzt hat die Zeit-Kampagne jedoch wieder eine neue skandalöse Wendung genommen …“ Das Blatt hofft offensichtlich, angesichts des im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien festgelegten Kampfes gegen Rechts- und Linksextremismus noch weitergehenden Einfluss auf die politische Ausrichtung öffentlicher Einrichtungen nehmen zu können.

REPs nicht mit Pro NRW

Junge Freiheit Nr. 1 vom 1. Januar 2010

In einer Meldung berichtet das Blatt, „der Vorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, hat die Annäherungsversuche der Bürgerbewegungen Pro Köln und Pro NRW zurückgewiesen. ‚Mit uns gibt es kein Kuscheln in braunen Ecken‘, erklärte Schlierer die ablehnende Haltung seiner Partei.

Allerdings meldet die aktuelle Presse, dass Schlierer nicht wieder als Parteivorsitzender kandidieren wolle, weil er sich auf den Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg konzentrieren wolle. Für die bundesweite Ausdehnung der Pro-Braun-Gruppierung wäre eine Zusammenarbeit mit den REPs durchaus wichtig.

Abo-Kampagne verlängert

Junge Freiheit Nr. 1 vom 1. Januar 2010

Die Abo-Kampagne – Ziel waren 2000 neue Abos bis Ende 2009 – ist bis Mitte Januar verlängert, der Abonnenten-Zuwachs soll 1449 neue Abos betragen, bei einem Nettozuwachs von 984 Abonnenten. Chefredakteur Dieter Stein berichtet: „Das Außergewöhnliche an der JF sind ihre Leser. Sie haben den Aufbau der Zeitung von Anbeginn an engagiert begleitet. Im Jahr 2009 spendeten Förderer im Rahmen der ‚Freunde der JF‘, zu denen knapp 5.000 Leser gehören, fast 350.000 Euro, über 800 Leser zahlen den Förderabo-Tarif, so dass der Verlag juristische Abwehrmaßnahmen, notwendige Projekte und Werbekampagnen finanzieren konnte.“

Nächste Kampagne – diesmal ist die Evangelische Kirche dran

Junge Freiheit Nr. 2 vom 8. Januar 2009

Blattredakteur Dieter Stein startet die nächste Kampagne. Diesmal sollen sich die Leser an Christhard Wagner, Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, wenden. Wagner hatte den Chefredakteur des evangelikalen Wochenblattes „Idea-Spektrum“ Helmut Matthies aufgefordert, den vom Blatt erfundenen Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreis zurückzugeben. „Die Idea-Redaktion balanciere wegen der Verbindung zur JF, so Wagner, mit der Entgegennahme dieses Preises ‚auf dem Grat zum rechtsextremen Milieu‘.“ zitiert die JF den Oberkirchenrat. Chefredakteur Stein weiter: „Gerhard Löwenthal muss als Namensgeber eines Journalistenpreises zwangsläufig für Vertreter einer Kirche eine Zumutung sein, die sich in großen Teilen von der SED-Diktatur hat korrumpieren lassen.“ Dass es ohne die Millionenzahlungen der evangelischen Kirche an die DDR-Kirche keine Organisationen wie „Schwerter zu Pflugscharen“ und anderes gegeben hätte, verschweigt der Autor ungeniert. *uld* ■

Anti-Minarett-Kampagne auch bei der NPD

Auch die NPD ist auf die Anti-Minarett-Stimmung aufgesprungen und startete noch im Dezember eine Kampagne unter dem Motto „Danke, Schweiz!“ Die Resonanz auf das Online-Votum auf der NPD-Internetseite sei „erheblich“, behauptet sie in einer Pressemitteilung. Der stellvertretende NPD-Parteivorsitzende Karl Richter, der in dem Schweizer Bürgervotum „Auftakt eines europaweiten Aufstandes gegen die fortschreitende Überfremdung ... und gegen die schleichende Machtübernahme durch den Islam“ sieht, erklärte: „Wer eins und eins zusammenzählen kann, darf jetzt nicht abseits stehen. Wie aktuell die Minarett-Initative der NPD ist, zeigt die jüngste Ankündigung aus der bayerischen Landeshauptstadt München, wo jetzt gleich zwei islamische Riesenmoscheen hochgezogen werden sollen. Uns Nationaldemokraten ist dabei klar, daß der Widerstand gegen weitere Minarette nur der kleinste gemeinsame Nenner aller inländerfreundlichen Kräfte in unserem Land ist – letztlich geht es darum, den weiteren Bevölkerungsaustausch zu verhindern und den Widerstand gegen Islamisierung und Überfremdung bestmöglich zu bündeln. ...Wir bleiben dran und werden der etablierten Versagerpolitik Druck machen!“ *Quelle: website NPD* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

2000 Euro bis Jahresende! Spendenkampagne Antifaschistische Nachrichten

Bisher sind 1928,58 Euro eingetroffen. Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern!

Spendenkonto:
GNN-Verlag, Postbank Köln,
BLZ 370 100 50
Kto. 10419507